

Begründung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Achmer Sand“



Inhaltsverzeichnis

1	Rechtliche Grundlagen	1
1.1	Vorbemerkung.....	1
1.2	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie.....	1
1.3	Nationale Naturschutzgesetzgebung	1
2	Gebietsbeschreibung	2
2.1	Kurzcharakteristik.....	2
2.2	Abgrenzung des Naturschutzgebietes	2
2.3	Eigentumsverhältnisse	3
3	Schutzwürdigkeit	3
3.1	Lebensräume nach Anhang I der FFH-Richtlinie	3
3.1.1	FFH-Lebensraumtyp 2310 „Sandheiden mit Besenheide und Ginster auf Binnendünen“	4
3.1.2	FFH-Lebensraumtyp 2330 „Offene Grasflächen mit Silbergras und Straußgras auf Binnendünen“	5
3.1.3	FFH-Lebensraumtyp 4030 „Trockene Heiden“	5
3.1.4	FFH-Lebensraumtyp 6410 „Pfeifengraswiesen“	5
3.1.5	FFH-Lebensraumtyp 6510 „Magere Flachland-Mähwiesen“	6
3.1.6	FFH-Lebensraumtyp 9110 „Hainsimsen-Buchenwald“	6
3.1.7	FFH-Lebensraumtyp 9190 „Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche“	6
3.2	Gesetzlich geschützte Biotope	6
3.3	Tierarten.....	7
4	Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit	12
5	Relevante Regelungsinhalte.....	12
5.1	§ 3 Verbote.....	12
5.2	§ 4 Freistellungen.....	14
5.2.1	Allgemeine Regeln zur Betretung und Durchführung von Maßnahmen	14
5.2.2	Regelungen zur Durchführung der landwirtschaftlichen Nutzung.....	18
5.2.3	Regelungen zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft	20
5.2.4	Regelungen zur ordnungsgemäßen Nutzung des Segelflugplatzes und des Modellflugplatzes.....	24
5.2.5	Regelungen zur Durchführung der Jagd.....	25
5.2.6	§ 4 Absatz 7 bis 10 verwaltungsrechtliche Regelungsinhalte.....	26
5.3	§ 5 Befreiungen.....	27
5.4	§ 6 Anordnungsbefugnisse	27
5.5	§ 7 Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen	27
5.6	§ 8 Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen.....	28
5.7	§ 9 Ordnungswidrigkeiten.....	28
5.8	§ 10 Begriffsbestimmungen	28
5.9	§ 11 Inkrafttreten	28
6	Literaturverzeichnis	29
7	Gesetze und Rechtsvorschriften.....	31
8	Anhang.....	32

Anhang

Karte zur Lage der geschützten Biotope zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung

Titelbild: Offene Grasflächen mit Silbergras; Foto: Götz Huwald

Bearbeitung:

Götz Huwald

Untere Naturschutzbehörde

Im Auftrag der Landrätin

Osnabrück, den 16.09.2020

ENTWURF

1 Rechtliche Grundlagen

1.1 Vorbemerkung

Aufgrund der Entscheidung der EU-Kommission am 07. Dezember 2004 wurde das Gebiet (mit Ausnahme eines ca. 300 m breiten Streifens auf der Südseite der L77 (Westerkappeler Straße sowie der Straße „Am Flugplatz“) sowie einer Teilfläche der Stadt Bramsche nördlich der Straße) zu dem Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiet „Achmer Sand“ (EU Code DE 3613-331, landesinterne Nr. 238) erklärt.

1.2 Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (im Folgenden Habitatrichtlinie) wurde im Jahr 1992 vom Rat der Europäischen Union (EU) verabschiedet. Diese Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen dient v. a. dem Ziel der Erhaltung der biologischen Vielfalt in der EU. Sie fördert den Aufbau des europaweiten ökologischen Netzes „Natura 2000“.

Die Natura-2000-Gebiete sind Gegenstand von Maßnahmen, die die natürlichen Lebensräume und die Populationen wildlebender Tier- und Pflanzenarten, die die Ausweisung dieser Gebiete gerechtfertigt haben, in einem sogenannten „günstigen Erhaltungszustand“ bewahren oder diesen Zustand wiederherstellen sollen. Die Natura-2000-Gebiete sind auch Gegenstand geeigneter Vorbeugungsmaßnahmen, die eine Verschlechterung dieser natürlichen Lebensräume und Störungen, die diese Arten erheblich beeinträchtigen können, verhindern.

Der Erhaltungszustand eines Lebensraumtyps wird als „günstig“ erachtet, wenn

- sein natürliches Verbreitungsgebiet sowie die Flächen, die er in diesem Gebiet einnimmt, beständig sind oder sich ausdehnen und
- die für seinen langfristigen Fortbestand notwendige Struktur und spezifischen Funktionen bestehen und in absehbarer Zukunft wahrscheinlich weiter bestehen werden und
- auch der Erhaltungszustand der für ihn charakteristischen Arten günstig ist.

1.3 Nationale Naturschutzgesetzgebung

Gemäß § 32 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sind FFH-Gebiete entsprechend den jeweiligen Erhaltungszielen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Abs. 2 BNatSchG zu erklären. Dieser Verpflichtung kommt der Landkreis Osnabrück im übertragenen Wirkungskreis nach.

Die Bezirksregierung Weser- Ems als Obere Naturschutzbehörde plante im Jahr 1984 die Fläche des Achmer Sandes als Naturschutzgebiet mit folgenden Grenzen auszuweisen: Die nördliche Abgrenzung des geplanten NSG sollte durch den in Ost-West-Richtung verlaufenden Mittellandkanal, die östliche Begrenzung sollte durch einen am Rande der Haseniederung verlaufenden Graben sowie die Bahnlinie Oldenburg-Osnabrück gebildet werden. Die südliche und westliche Grenze sollte durch die in Südost-Nordwest-Richtung verlaufende

Grenze zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gebildet werden. Eine entsprechende Schutzgebietsausweisung erfolgte nicht.

Im April 2015 beabsichtigte das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) eine Gebietserweiterung des bestehenden FFH Gebietes „Achmer Sand“ um ca. 28 ha nach Nordosten und Nordwesten. Begründet wurde dies mit einem landesweit bedeutsamen Vorkommen des LRT 2330. Eine Nachmeldung der Gebietserweiterung ist nicht erfolgt.

Aufgrund

- der bedeutsamen Vorkommen von Flächen mit Lebensraumtypen (LRT) des Anhangs I der FFH-Richtlinie (hauptsächlich die LRT 2330 und 4030) (vergl. BRINKERT et.al. (2020)) sowie angrenzenden Flächen mit hohem Potenzial zur Entwicklung zu diesen Lebensraumtypen,
- Vorkommen von Arten der Roten Liste Deutschlands und Niedersachsens (z.B. Heidenelke (*Dianthus deltoides*) und Sprossende Felsennelke (*Petrorhagia prolifera*)) (vergl. BRINKERT et.al. (2020)),
- großflächigem Vorkommen von gesetzlich geschützten Biotopen gem. § 30 BNatSchG (vergl. BRINKERT et.al. (2020)),
- bedeutsamen Brut- Vorkommen der gem. § 7 Abs. 2 Nr.13 besonders geschützter Art Feldlerche (*Alauda arvensis*) (vergl. BMS-UMWELTPLANUNG (2018) und WALTERMATE, M. (2020)) sowie
- der hohen Bedeutung dieser Erweiterungsflächen in Hinblick auf deren funktionalen Zusammenhang mit dem angrenzenden FFH- und Vogelschutz- Gebiet in Nordrhein-Westfalen (NRW) (z.B. als Jagdgebiet in NRW brütender Arten) im Sinne der im Standarddatenbogen genannten sachgerecht fachlichen Abgrenzung als Ergänzung zum Gebietsvorschlag „Vogelpohl“ (das bereits als NSG „Haler Feld-Vogelpohl“ ausgewiesen wurde (s. Kap. 2.2) in Nordrhein-Westfalen

wurde mit dieser Verordnung die Fläche des NSG gegenüber dem 2004 gemeldeten FFH-Gebiet um den im Kap. 1.1 genannten ca. 300 m breiten Streifen auf der Südseite der L77 (Westerkappeler Straße) und der Straße „Am Flugplatz“ sowie um eine weitere Fläche nördlich der Straße, die ein sehr hohes Potenzial zur Magerrasenentwicklung bzw. zur Entwicklung zum LRT 2330 aufweist, erweitert (s.u.).

2 Gebietsbeschreibung

2.1 Kurzcharakteristik

Das NSG liegt in der biogeografischen Region „Ems-Hunte-Geest und Dümmer- Geestniederung“. Es gehört zum Gebiet der Stadt Bramsche. Im Westen grenzt das NSG direkt an das NSG „Haler Feld-Vogelpohl“ auf Seiten des Bundeslandes Nordrhein- Westfalen an. Das Gebiet ist Teil der Plantlünner Sandebene im Nordwesten des Weser- und Weser-Leine-Berglande und Teil des ehemaligen bundeseigenen Standortübungsplatzes Wersen- Halen-Achmers.

2.2 Abgrenzung des Naturschutzgebietes

Im Westen und Süden grenzt das NSG direkt an die Landesgrenze und damit an das NSG „Haler Feld-Vogelpohl“ auf Seiten des Bundeslandes Nordrhein- Westfalen an, welches Teil

des EG-Vogelschutzgebietes „Düsterdieker Niederung“ (DE- 3612-401) im Sinne der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG) und Bestandteil des FFH-Gebietes „Vogelpohl“ (DE-3613-303), gemäß der Fauna-Flora- Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie, 92/43/EWG) der Europäischen Union, ist.

Im Norden wird das Gebiet zum größten Teil durch die Flurstücksgrenze der L77 (Westerkappeler Straße) sowie dem Gewerbegebiet an der Straße „Am Flugplatz“ begrenzt, nordwestlich der Hauptfläche des Schutzgebietes befindet sich ein weiterer Teil zwischen der L77 und dem Mittellandkanal. Eine weitere zum Schutzgebiet zugehörige Teilfläche befindet sich nördlich der Hauptfläche des Schutzgebietes zwischen der L77 und dem Mittellandkanal.

Im Osten wird die Hauptfläche des Gebietes von der Flurstücksgrenze der Bahntrasse begrenzt, eine weitere Teilfläche die mit Wald bestockt ist, befindet sich östlich der Bahnlinie zwischen der Halener Straße und dem Fließgewässer „Linksseitiger Talgraben“ westlich des Flusses Hase.

2.3 Eigentumsverhältnisse

„Die heutige Nährstoffarmut ist durch die jahrzehntelange Nutzung des Gebietes als Militärübungsplatz begründet. Der ursprünglich in den 1930er Jahren als Militärflugplatz eingerichtete Flugplatz „Achmer“ wurde nach Ende des zweiten Weltkrieges aufgerüstet. Das gesamte Gebiet wurde anschließend bis 2012 von der britischen Armee als Truppenübungsplatz genutzt.“ (BRINKERT et.al. (2020)). Die Hauptfläche so wie die Teilfläche im Nordwesten befinden sich zur Zeit des Beginns des Ausweisungsverfahrens zu diesem Schutzgebiet im öffentlichen Eigentum (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben). Eine Übertragung auf die DBU Naturerbe GmbH ist geplant. Die Teilfläche nördlich der Hauptfläche des Schutzgebietes zwischen der L77 und dem Mittellandkanal befindet sich ebenfalls in öffentlichem Eigentum (Stadt Bramsche). Die Teilfläche östlich der Bahnlinie befindet sich in Privateigentum.

3 Schutzwürdigkeit

Gemäß Standarddatenbogen wurde das Gebiet vorrangig ausgewählt, um den Gebietsvorschlag „Vogelpohl“ in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf eine sachgerechte fachliche Abgrenzung zu ergänzen.

3.1 Lebensräume nach Anhang I der FFH-Richtlinie

BRINKERT et.al. (2020) beschreiben die Haupt- Biotope im Gebiet: *„Knapp über ein Drittel des Gebietes ist durch Heiden und Trockenrasen geprägt.... Diese ziehen sich halbkreisförmig von Südwesten nach Süden um einen zentralen Waldbereich herum. Dieser nimmt fast ebenso viel Fläche ein. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen (25 % der Gesamtfläche) um lichte Birken- Zitterpappel-Pionierwälder. Weitere 5 % sind von nährstoffarmen Kiefern- und Kiefern-Pionierwäldern bestockt. Bei 2 % handelt es sich um trockene Eichenmischwälder auf Sand (FFH-LRT 9190), die ausschließlich am Südostrand der Naturerbefläche stocken. Auf ca. 8 % sind in die zentralen Pionierwald-Bereiche mehrere großflächige Weidengebüsche eingestreut. 1,69 ha davon stehen durch Auftreten von Feuchtezeigern und Torfmoosen unter gesetzlichem Schutz. In die Offenlandbereiche sind zahlreiche kleinere Feldgehölze, Sukzessionsgebüsche und Einzelbäume eingestreut. ... Bei weiteren 4 % handelt es sich um artenarmes Extensivgrünland. Durch zeitweises Brachliegen ehemaliger Trockenrasen oder mesophilem Grünland handelt es sich meist um grasdominierte Bestände. Am*

Nordrand der Start und Landebahn findet sich kleinflächig (ca. 1 %) intensiv gemähtes, artenarmes Grünland. Seggen- und Binsenreiche Nasswiesen (§24/30) stellen mit nur 3 ha einen unbedeutenden Flächenanteil dar. Hervorzuheben ist eine mit 0,48 ha kleinflächige, aber naturschutzfachlich hochwertige Pfeifengraswiese (FFH-LRT 6410) im Zentrum eines Sukzessionswaldes in der Nordhälfte der Naturerbefläche.

Trockene und feuchte Ruderalfluren finden sich auf etwas über einem Prozent der Fläche und meist an Übergangsbereichen zwischen Gehölzbiotopen und gepflegtem Offenland. Vermutlich sind sie meist aus Grünland oder Trockenrasen durch fehlende Pflege hervorgegangen.

Ebenso wenig Fläche nehmen gehölzfreie Biotope der Sümpfe und Moore ein. Ein großer Röhrichtbereich, bei dem es sich teilweise (20 %) um ein nach §24/30 geschütztem Schilfröhricht handelt, grenzt im Norden an die Lande- und Startbahn an.

Binnengewässer nehmen lediglich 0,5 % der Gesamtfläche ein, wobei temporäre Kleinstgewässer aus Bombentrümmern (als Nebencode kartiert) den größten Anteil einnehmen und sowohl im Offenland als auch in Wäldern und Gebüschern gleichmäßig im ganzen Gebiet verstreut sind. Ein 0,6 ha großer Feuerlöschteich im Süden der Naturerbefläche sowie drei kleinere nährstoffarme Kleingewässer sind nach §24/30 geschützt.“

Für die Auswahl des FFH-Gebietes „Achmer Sand“ ist der Schutz, die Erhaltung und die Entwicklung von verschiedenen FFH-Lebensraumtypen (LRT) des Anhangs 1 der FFH-Richtlinie, welche im Folgenden beschrieben werden, ausschlaggebend.

Gemäß der Habitatrichtlinie ist ein günstiger Erhaltungszustand (EHZ) der im Gebiet vorkommenden Lebensraumtypen zu wahren bzw. wiederherzustellen. Die Stufen „A“ (= hervorragend) und „B“ (= gut) entsprechen einem „günstigen Erhaltungszustand“. Die Stufe „C“ (= mittel bis schlecht) entspricht einem „ungünstigen Erhaltungszustand“. Hier gilt die Verpflichtung der Wiederherstellung eines „günstigen Erhaltungszustandes“. Das heißt, es müssen Maßnahmen durchgeführt werden, wodurch mindestens der Erhaltungszustand „B“ erreicht wird.

Der Standarddatenbogen zum FFH-Gebiet 238 kann auf der Internetseite des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasser-, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) eingesehen werden.

Die folgenden Beschreibungen der Lebensraumtypen gehen im Wesentlichen auf BRINKERT et.al. (2020) zurück:

3.1.1 FFH-Lebensraumtyp 2310 „Sandheiden mit Besenheide und Ginster auf Binnendünen“

Trockene Sandheiden auf Binnendünen nehmen mit nur knapp einem Prozent sehr wenig Fläche ein und konzentrieren sich im Wesentlichen auf die westliche Gebietsgrenze südlich der Start- und Landebahn. Lediglich drei sehr kleine (< 600 qm) Sandheiden auf Binnendünen befinden sich im Offenlandbereich am Ostrand des Schutzgebietes. Eine weitere Fläche befindet sich an der Nordgrenze des Schutzgebietes. Am Westrand des Gebietes befindet sich lediglich eine Splitterfläche im Wald aufgrund von sehr starker Verbuschung und Vermoosung im ungünstigen Erhaltungszustand „C“. Alle anderen Flächen dieses FFH-LRTs zeigen einen guten Erhaltungszustand. Zunehmende Verbuschung stellt jedoch für alle Sandheiden auf Binnendünen der Naturerbefläche eine Beeinträchtigung dar. Es bestehen teilweise fließende Übergänge zwischen diesem LRT und den LRT 2330 sowie 4030.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2019 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 3,09 ha ein. Davon befinden sich

- 0,00 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 2,92 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 0,17 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.1.2 FFH-Lebensraumtyp 2330 „Offene Grasflächen mit Silbergras und Straußgras auf Binnendünen“

Es handelt sich um Sandtrockenrasen unterschiedlicher Sukzessionsstadien, von offenen und lückigen Silbergras-Pionierfluren bis zu blütenreichen Sandtrockenrasen mit weitgehend geschlossener Narbe. Das Dünenrelief der Sandtrockenrasen ist in den meisten Fällen nur schwach bis rudimentär ausgeprägt, teilweise auch durch Befahren weitgehend zerstört. Deutlichere Dünenbereiche finden sich nur am Südostrand des Schutzgebietes nahe der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Die meisten Sandtrockenrasen befinden sich trotz hoher Struktur- und Artenvielfalt nur in gutem Erhaltungszustand („B“). Einige Sandtrockenrasen zeigen in Bereichen höherer Vergrasung Bracheeffekte (Erhaltungszustand „C“) und alle Flächen sind durch das Aufkommen von Gehölzen wie Kiefer oder Später Traubenkirsche gefährdet. Es bestehen teilweise fließende Übergänge zwischen diesem LRT und dem LRT 2310.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2019 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 50,26 ha ein. Davon befinden sich

- 3,01 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 30,13 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 17,12 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.1.3 FFH-Lebensraumtyp 4030 „Trockene Heiden“

Die Flächen dieses Lebensraumtyps konzentrieren sich vor allem auf die westlichen Randbereiche der Start- und Landebahn. Die Flächen des LRT befinden sich in einem guten Erhaltungszustand (Erhaltungszustand „B“) bzw. in einem ungünstigen Erhaltungszustand („C“). Diese sind teilweise leicht überaltert und stellenweise stark vermoost. Auch Verbuschung mit Kiefern und Späten Traubenkirschen stellt eine Beeinträchtigung dar. Es bestehen teilweise fließende Übergänge zwischen diesem LRT und dem LRT 2310.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2019 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 6,23 ha ein. Davon befinden sich

- 0,00 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 2,37 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 3,96 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.1.4 FFH-Lebensraumtyp 6410 „Pfeifengraswiesen“

Eine Pfeifengraswiese befindet sich im Schutzgebiet und ist an allen Seiten von Wald umgeben, lag vermutlich zeitweise brach und ist stellenweise stark durch Verbuschung mit Weiden beeinträchtigt. Daher befindet sie sich nur in gutem Erhaltungszustand („B“). Sie ist dennoch sehr blüten- und artenreich und Standort für mehrere Rote-Liste-Arten.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2019 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 0,48 ha ein. Davon befinden sich

- 0,00 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 0,48 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 0,00 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.1.5 FFH-Lebensraumtyp 6510 „Magere Flachland-Mähwiesen“

Die Flächen dieses Lebensraumtyps konzentrieren sich größtenteils rund um den zentralen Waldbereich. Im Schutzgebiet befinden sich die meisten Glatthaferwiesen in einem guten Erhaltungszustand (B). Durch einschürige Nutzung innerhalb der letzten Jahre zeigen sie nur mäßige Bracheeffekte (Vergrasung). Es bestehen teilweise fließende Übergänge zu Mager-rasen oder auch Nassgrünland.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2019 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 10,79 ha ein. Davon befinden sich

- 0,00 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 10,29 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 0,50 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.1.6 FFH-Lebensraumtyp 9110 „Hainsimsen-Buchenwald“

Östlich der Bahnlinie ist der Wald im Kernbereich mit Kiefernforst bestockt und im Randbereich mit dem Lebensraumtyp 9110. Dieser Bestand weist kaum Alt oder Totholz auf und wird im Bereich der Straße von einer Leitung überschirmt, weswegen hier die Bestände regelmäßig zurückgeschnitten werden. Auch durch eine Beimischung von Roteichen befindet sich dieser Bestand ebenfalls nur im ungünstigen Erhaltungszustand „C“.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2020 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 0,43 ha ein. Davon befinden sich

- 0,00 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 0,00 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 0,43 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.1.7 FFH-Lebensraumtyp 9190 „Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche“

Rund die Hälfte der bodensauren Eichenwälder auf Sand westlich der Bahnlinie ist aufgrund ihres geringen Alters sowie des damit einhergehenden Fehlens von Alt- und Totholz nur im ungünstigen Erhaltungszustand „C“. Ein etwas älterer Eichenwald auf einem Wall, enthält etwas mehr Alt- und Totholz und ist somit im guten Erhaltungszustand „B“. Östlich der Bahnlinie ist der Wald im Kernbereich mit Kiefernforst bestockt und in den Randbereichen mit dem Lebensraumtyp 9190. Dieser Bestand weist kaum Alt oder Totholz auf und wird im Bereich der Straße von einer Leitung überschirmt, weswegen hier die Bestände regelmäßig zurückgeschnitten werden. Daher befindet sich dieser Bestand ebenfalls nur im ungünstigen Erhaltungszustand „C“.

Zur Zeit der Kartierung im Jahr 2019/2020 nimmt dieser LRT im Schutzgebiet eine Gesamtfläche von 11,23 ha ein. Davon befinden sich

- 0,00 ha im Erhaltungszustand „A“,
- 3,71 ha im Erhaltungszustand „B“,
- 7,52 ha im Erhaltungszustand „C“.

3.2 Gesetzlich geschützte Biotope

Die im Schutzgebiet vorkommenden gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG gehören teilweise gleichzeitig zu den für das Schutzgebiet signifikanten, meldeerheblichen sowie zu den für das Schutzgebiet nicht signifikant eingestuften Lebensraumtypen der FFH-Richtlinie.

Die Vorgaben des § 30 BNatSchG für die signifikanten FFH-Lebensraumtypen des Schutzgebietes werden über die Regelungsinhalte der Verordnung durch bestimmte Handlungsanweisungen erfüllt und darüber hinaus konkretisiert.

Für die übrigen geschützten Biotope bleiben die Bestimmungen des § 30 BNatSchG von dieser Verordnung unberührt und gelten unmittelbar. Die Lage der geschützten Biotope zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung ist dem Anhang zu dieser Begründung zu entnehmen; der jeweils aktuelle Stand ist bei der zuständigen Naturschutzbehörde und auf dem Server des Landkreises Osnabrück einsehbar und wird im üblichen Verwaltungsablauf den Eigentümern bekannt gegeben.

Im Gebiet vorkommende gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG sind:

- „Weiden-Sumpfgewächsbüsch nährstoffärmerer Standorte“ (BNA)
- „Basen- und nährstoffarme Nasswiese“ (GNA)
- „Sonstiges mageres Nassgrünland“ (GNW)
- „Trockene Sandheide“ (HCT)
- „Feuchteres Pfeifengras-Moorstadium“ (MPF)
- „Sonstiger basen- und nährstoffarmer Nassstandort mit krautiger Pioniervegetation“ (NPA)
- „Schilf-Landröhricht“ (NRS)
- „Mäßig nährstoffreiches Sauergras-/Binsenried“ (NSM)
- „Sonstige artenarme Grasflur magerer Standorte“ (RAG)
- „Sonstiger Magerrasen“ (RPM)
- „Silbergras- und Sandseggen-Pionierrasen“ (RSS)
- „Sonstiger Sandtrockenrasen“ (RSZ)
- „Sonstiges naturnahes nährstoffreiches Stillgewässer“ (SEZ)
- „Sonstiges naturnahes nährstoffarmes Stillgewässer“ (SOZ)

3.3 Tierarten

Im Standarddatenbogen zur Meldung des FFH-Gebietes 238 sind keine Tierarten nach Anhang II verzeichnet.

Amphibien

FLAKE, M. konnte 2019 insbesondere im Schutzgebiet Kammolche (*Triturus cristatus*) (3 Juvenile, 1 Adulte) sowie Kreuzkröte (*Epidalea calamita*) (1750 Larven, 45 Adulte) als Anhang IV und damit gemäß Bundesnaturschutzgesetz § 7 Abs. 2 Nr. 13 besonders geschützte bzw. gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 streng geschützte Arten nachweisen. Erhaltungszustände für die beiden Arten konnten nicht ermittelt werden. Der Laubfrosch (*Hyla arborea*) konnte im Schutzgebiet nicht mehr nachgewiesen werden. Weiterhin kommen Bergmolch, Teichmolch, Erdkröte, Gras- und Wasserfrosch im Schutzgebiet vor.

Libellen

GRAVE & OSBURG (2000) wiesen für das Jahr 1999 die folgenden Libellenarten im Gebiet nach:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Hufeisen-Auzurjungfer	<i>Coenagrion puella</i>
Große Prachtlibelle	<i>Ischnura elegans</i>
Weidenjungfer	<i>Lestes viridis</i>
Glänzende Binsenjungfer	<i>Lestes dyras</i>
Gemeine Binsenjungfer	<i>Lestes sponsa</i>
Blaue Federlibelle	<i>Platycnemis pennipes</i>
Blaugrüne Mosaikjungfer	<i>Aeshna cyanea</i>
Herbst-Mosaikjungfer	<i>Aeshna mixta</i>
Glänzende Smaragdlibelle	<i>Somatochlora metallica</i>
Westliche Keiljungfer	<i>Gomphus pulchellus</i>
Vierfleck	<i>Libellula quadrimaculata</i>
Großer Blaupfeil	<i>Orthetrum cancellatum</i>
Schwarze Heidelibelle	<i>Sympetrum danae</i>
Gefleckte Heidelibelle	<i>Sympetrum flaveolum</i>
Große Heidelibelle	<i>Sympetrum striolatum</i>
Gemeine Heidelibelle	<i>Sympetrum vulgatum</i>
Blutrote Heidelibelle	<i>Sympetrum sanguineum</i>

2003 wurden dem NLWKN folgende Libellenarten aus dem Gebiet gemeldet:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Hufeisen-Auzurjungfer	<i>Coenagrion puella</i>
Große Prachtlibelle	<i>Ischnura elegans</i>
Weidenjungfer	<i>Lestes viridis</i>
Glänzende Binsenjungfer	<i>Lestes dyras</i>
Gemeine Binsenjungfer	<i>Lestes sponsa</i>
Blaue Federlibelle	<i>Platycnemis pennipes</i>
Gebänderte Prachtlibelle	<i>Calopteryx splendens</i>
Große Königslibelle	<i>Anax imperator</i>
Glänzende Smaragdlibelle	<i>Somatochlora metallica</i>
Westliche Keiljungfer	<i>Gomphus pulchellus</i>
Vierfleck	<i>Libellula quadrimaculata</i>

Plattbauch	<i>Libellula depressa</i>
Großer Blaupfeil	<i>Orthetrum cancellatum</i>
Gefleckte Heidelibelle	<i>Sympetrum flaveolum</i>
Große Heidelibelle	<i>Sympetrum striolatum</i>
Blutrote Heidelibelle	<i>Sympetrum sanguineum</i>

Heuschrecken

GRAVE & OSBURG (2000) wiesen für das Jahr 1999 die folgenden Heuschreckenarten im Gebiet nach:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name (1985)
Sumpfschrecke	<i>Stetophyma grossum</i>
Wiesengrashüpfer	<i>Chorthippus dorsatus</i>
Kurzflügelige Schwertschrecke	<i>Conocephalus dorsalis</i>
Säbel-Dornschröcke	<i>Tetrix subulata</i>
Gemeiner Grashüpfer	<i>Chorthippus parallelus</i>
Weißrandiger Grashüpfer	<i>Chorthippus albomarginatus</i>
Bunter Grashüpfer	<i>Omocestus viridulus</i>
Grünes Heupferd	<i>Tettigonia viridissima</i>
Gemeine Dornschröcke	<i>Tetrix undulata</i>

2002 wurden dem NLWKN folgende Heuschreckenarten aus dem Gebiet gemeldet:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name (1985)
Säbel-Dornschröcke	<i>Tetrix subulata</i>

Tag-/Nachtfalter

2003 wurden dem NLWKN folgende Tag-/Nachtfalterarten aus dem Gebiet gemeldet:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name (1985)
Kleiner Sonnenröschenbläuling	<i>Aricia agestis</i>
Goldene Acht	<i>Colias hyale</i>
Postillon	<i>Colias croceus</i>
Ockerbindiger Samtfalter	<i>Hipparchia semele</i>

Schachbrett	<i>Melanargia galathea</i>
Silberfleck-Bläuling	<i>Plebeius argus</i>
C-Falter	<i>Polygonia c-album</i>
Gemeines Grünwidderchen	<i>Adscita statices</i>
Erdeichel-Widderchen	<i>Zygaena filipendulae</i>

2007/2008 wurden dem NLWKN folgende Tag-/Nachtfalterarten aus dem Gebiet gemeldet:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name (1985)
Kaisermantel	<i>Argynnis paphia</i>
Großer Schillerfalter	<i>Apatura iris</i>
Goldene Acht	<i>Colias hyale</i>
Postillon	<i>Colias croceus</i>
Ockerbindiger Samtfalter	<i>Hipparchia semele</i>
Schachbrett	<i>Melanargia galathea</i>
Kleiner Würfelfalter	<i>Pyrgus malvae</i>
Schwalbenschwanz	<i>Papilio machaon</i>

2020 wurde bei der Biotoptypenerfassung folgender Zufallsfund in einer Teilfläche im Gebiet erfasst:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Kleiner Perlmutterfalter	<i>Issoria lathonia</i>

Vögel

Im Rahmen einer von BMS-UMWELTPLANUNG (2018) durchgeführten Brutvogelerfassung wurden im Jahr 2018 mit dem Wespenbussard (*Pernis apivorus*), Neuntöter (*Lanius collurio*) der Heidelerche (*Lullula arborea*), Feldlerche (*Alauda arvensis*), Großer Brachvogel (*Numenius arquata*) und Krickente (*Anas crecca*) sechs gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 besonders geschützte Arten im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 2009/147/EWG nachgewiesen. Unter den übrigen nachgewiesenen Vogelarten befinden sich andere Arten, die nach der Roten Liste Niedersachsens als gefährdet oder in der Vorwarnliste eingestuft sind. Die folgende Tabelle listet die im Schutzgebiet 2018 erfassten Vogelarten auf:

Deutscher Name	wissenschaftlicher Name	besonders geschützte Arten im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 2009/147/EG (Anhang I oder II)
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	

Baumpieper	<i>Anthus trivialis</i>	
Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>	II
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	
Großer Brachvogel	<i>Numenius arquata</i>	II
Gimpel	<i>Pyrrhula pyrrhula</i>	
Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	
Graugans	<i>Anser anser</i>	
Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>	
Heidelerche	<i>Lullula arborea</i>	I
Kanadagans	<i>Branta canadensis</i>	
Kernbeißer	<i>Coccothraustes coccothraustes</i>	
Krickente	<i>Anas crecca</i>	II
Kleinspecht	<i>Dryobates minor</i>	
Kuckuck	<i>Cuculus canorus</i>	
Nachtigall	<i>Luscinia megarhynchos</i>	
Misteldrossel	<i>Turdus viscivorus</i>	
Neuntöter	<i>Lanius collurio</i>	I
Pirol	<i>Oriolus oriolus</i>	
Rohrhammer	<i>Emberiza schoeniclus</i>	
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	
Sperber	<i>Accipiter nisus</i>	
Wiesenschafstelze	<i>Motacilla flava</i>	
Schwarzkehlchen	<i>Saxicola rubicola</i>	
Trauerschnäpper	<i>Ficedula hypoleuca</i>	
Wiesenpieper	<i>Anthus pratensis</i>	
Waldschnepfe	<i>Scolopax rusticola</i>	
Waldbaumläufer	<i>Certhia familiaris</i>	
Waldlaubsänger	<i>Phylloscopus sibilatrix</i>	
Weidenmeise	<i>Parus montanus</i>	
Waldohreule	<i>Asio otus</i>	
Waldkauz	<i>Strix aluco</i>	
Nilgans	<i>Alopochen aegyptiaca</i>	
Wespenbussard	<i>Pernis apivorus</i>	I
Jagdfasan	<i>Phasianus colchicus</i>	

BMS-UMWELTPLANUNG (2018) beschreibt dazu im Vergleich einer Erfassung aus dem Jahr 1999 einen Rückgang der Arten der Übergangsbereiche Wald/Kleingehölz zu Offenland wie Baumpieper, Fitis und Heidelerche sowie ein Rückgang von Feldlerche, Weidenmeise, Wasservögeln, Limikolen und anderen Arten feuchter Lebensräume. Neu hinzugekommen sind Grau- und Kanadagans; im Bestand zugenommen haben die Arten, Neuntöter und Schwarzkehlchen.

4 Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit

Der Standarddatenbogen (Stand: 2019) listet folgende Gefährdungen und negative Einflüsse auf das Gebiet auf:

- Teilflächen möglicherweise durch zunehmende Ausbreitung von Gehölzen bzw. mangelnde Pflege beeinträchtigt.
- fehlende oder fehlgeleitete Schutzmaßnahmen
- saurer Regen
- atmosphärischer Stickstoffeintrag
- Anthropogene Verminderung der Habitatvernetzung, Fragmentierung von Habitaten
- Veränderungen der Artenzusammensetzung, Sukzession

Darüber hinaus wird durch BMS-UMWELTPLANUNG (2018) Wassermangel in dem Gebiet als Gefährdung genannt, was zum Rückgang von Vogelarten feuchter Lebensräume geführt hat. Bestätigt wird dies durch den Rückgang der auf feuchte Bodenverhältnisse angewiesene Lebensraumtypen 4010 „Feuchte Heiden mit Glockenheide“ sowie 7150 „Torfmoor-Schlenken mit Schnabelbinden-Gesellschaften“.

FLAKE, M. (2019) vermutet als Grund dafür: „Östlich des Untersuchungsgebiets befindet sich die Hase, welche durch Grundwasser gespeist wird. Sie wurde Anfang des 19. Jahrhunderts ausgebaut und durch erhöhte Fließgeschwindigkeiten vertieft sich das Flussbett sukzessiv. Das kann zur Folge haben, dass der Grundwasserspiegel im umliegenden Gebiet, wie z. B. der Wersener Heide absinkt.“

Bereits BLÜML et. al. (2000) beschreibt den zunehmenden Wassermangel in dem Gebiet. Auch GRAVE & OSBURG (2000) beschreiben diese Tendenz seit dem 2. Weltkrieg und führen als eine Verstärkung dieser Tendenz in jüngerer Zeit den Umbau der L 77 (L 584) und die dafür durchgeführten Dränierungen auf.

Als Haupt- Gefährdung für die Vögel nennt der Gutachter BMS-UMWELTPLANUNG (2018): „Problematischer ist der Segel- und insbesondere Modellflugbetrieb zu sehen. Letzterer trägt deutlich zur Verlärmung von Teilbereichen bei, außerdem nehmen Vögel Flugmodelle häufig als Feinde wahr.“

BRINKERT et.al. (2020) nennen hauptsächlich folgende Beeinträchtigungen:

- Zunehmende Verbuschung/ Aufkommen von Gehölzen wie Kiefer oder Später Traubenkirsche insbesondere in den LRT 2310, 2330 und 4030
- Zu kurze Mahd (insbesondere der LRT 6510 und 4030)
- Neophyten wie z.B. *Conyza canadensis*, *Erigeron annuus*, *Prunus serotina* und *Lupinus polyphyllus*

5 Relevante Regelungsinhalte

5.1 § 3 Verbote

Absatz 1 zitiert das für jedes NSG geltende generelle Veränderungsverbot. Gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG sind im NSG alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des NSG oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Stö-

fung führen können. Welche Handlungen dies sein können, ist im § 3 der Verordnung geregelt, allerdings nur beispielhaft wie die Verwendung des Wortes „insbesondere“ deutlich macht. Über die Verbote des Absatz 1 soll sichergestellt werden, dass der Erhaltung und Entwicklung des Schutzgebietes in seiner Ausprägung mit seiner typischen Biotopausstattung, dem typischen Erscheinungsbild und den charakteristischen Tier- und Pflanzenarten gewährleistet ist. Die Verbote sind aus dem unter § 2 der Verordnung formulierten Schutzzweck abgeleitet und für dessen Erreichung erforderlich.

Unter den **Nrn. 1, 2, 17, 18 und 19** sind Handlungen gelistet, die ein hohes Störpotential besitzen und von daher weder mit dem Schutzzweck in § 2 Abs.1 noch dem Schutzzweck in § 2 Abs. 3. dieser Verordnung verträglich sind.

Weitere Handlungen unter den **Nrn. 6, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15 und 16** führen zu einer nachteiligen Veränderung bzw. Überformung des schutzwürdigen Charakters der Landschaft und sind von daher ebenfalls nicht verträglich mit dem Schutzzweck in § 2 Abs.1 und dem Schutzzweck in § 2 Abs. 3.

Die Verbote unter den **Nrn. 3, 4, 5 und 10** verhindern eine ökologische Schädigung des Schutzgebietes (u. a. durch Entwässerung). Ihre Umsetzung würde die Qualität des Schutzgebietes für viele selten gewordene Pflanzen, Tiere, deren Lebensgemeinschaften und Biotope gefährden und weder mit dem Schutzzweck in § 2 Abs.1 noch dem Schutzzweck in § 2 Abs. 3. dieser Verordnung verträglich sein.

Mit „Sonderkulturen“ im Sinne der Verordnung (**Nr. 9**) ist gemeint: Landwirtschaftlich angebaute Kulturpflanzen, deren Anbau nicht überall möglich ist, da die Pflanzen besondere Bedingungen an den Standort (klimatische Bedingungen, Boden, etc.), deren Produktion sehr arbeits- und kostenintensiv ist und die sich in ihrer Produktionstechnik von den übrigen Kulturarten unterscheiden. Dazu zählen der Anbau von z.B. Wein, Hopfen, Tabak... (vergl. <https://www.pflanzenforschung.de/de/themen/lexikon/sonderkultur-10106> sowie <https://www.spektrum.de/lexikon/biologie/sonderkulturen/62127>).

Unter Kurzumtriebsplantagen versteht man Anpflanzungen von schnellwachsenden und stockausschlagfähigen Baumarten auf landwirtschaftlichen Flächen mit einer sehr kurzen Umtriebszeit.

Mit „Unbemannte Luftfahrtsysteme“ (**Nr. 19**) sind unbemannte Fluggeräte gemeint, die im Sinne von § 1 Absatz 2 Nummer 9 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht zu Zwecken des Sports oder der Freizeitgestaltung betrieben werden, sondern deren Einsatz mit einem sonstigen, insbesondere einem gewerblichen Nutzungszweck verbunden ist (z. B. Bildaufnahmen mit dem Ziel des Verkaufs).

Die Verbote des § 3 tragen dazu bei, den Charakter und die Qualität des NSG im Sinn des Schutzzweckes zu bewahren und seine gebietstypischen Pflanzen- und Tierarten sowie deren Lebensgemeinschaften und Habitate nicht zu gefährden. Insbesondere sind sie zwingend notwendig, um den europa-, bundes- und landesrechtlichen gesetzlichen Bestimmungen zur Umsetzung der FFH-Richtlinie nachzukommen.

Die Verbote des § 3 sind im Zusammenhang mit den Freistellungen in § 4 zu betrachten. Die Begründungen und Erläuterungen der Freistellungen (s.u.) konkretisieren den Hintergrund der jeweils benannten Regelung im Zusammenhang mit den Verboten unter § 3.

Das unter **Absatz 2** formulierte Betretungsverbot leitet sich aus § 16 NAGBNatSchG ab. Demnach darf das NSG nicht betreten oder auf sonstige Weise aufgesucht werden. Dieses

Verbot dient dem Schutz trittempfindlicher Biotop (u. a. Heiden) und zur Vermeidung von Störungen insbesondere der in Kapitel 3.3 dargestellten Vögel und Insekten und trägt auch zur Verhinderung möglicher Mülleinträge bei. Des Weiteren bleibt durch das Betretungsverbot die Ruhe und Ungestörtheit des NSG weitgehend gewahrt. Das Verbot greift auch die Verordnung zur Verhütung von Unfällen mit Fundmunition im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Achmer (Kampfmittelunfallverhütungsverordnung ehemaliger Flugplatz Achmer) im Gebiet der Stadt Bramsche vom 07. März 2013 (s. Kap. 5.2.1) auf, die in § 3 Abs. 1 ein generelles Betretungs- und Befahrverbot für den Geltungsbereich dieser Verordnung ausspricht.

5.2 § 4 Freistellungen

Von den Verboten des § 3 dieser Verordnung gibt es im § 4 bestimmte Freistellungen.

5.2.1 Allgemeine Regeln zur Betretung und Durchführung von Maßnahmen

Zu den allgemeinen Freistellungen gehören **unter Absatz 2 Nr. 1 und Nr. 2** übliche Betretungs- und Befahrensregelungen. Das Gebiet darf gemäß **Nr. 1** für rechtmäßige Nutzungen von Eigentümern und Nutzungsberechtigten - auch zur Durchfahrt auf angrenzende Flächen von deren Eigentümern oder Nutzungsberechtigten - betreten und befahren werden. Welche Nutzungen und Bewirtschaftungen rechtmäßig sind und dem Schutzzweck entsprechen, ergibt sich aus weiteren Freistellungen des § 4. Unberührt von den Betretungs- und Befahrensregelungen des § 4 Abs. 2 der NSG- Verordnung bleiben unter anderem die Vorschriften der Verordnung zur Verhütung von Unfällen mit Fundmunition im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Achmer (Kampfmittelunfallverhütungsverordnung ehemaliger Flugplatz Achmer) im Gebiet der Stadt Bramsche vom 07. März 2013 nach **Absatz 9**. Demnach besteht gemäß § 3 Abs. 1 im Geltungsbereich der Verordnung ein generelles Betretungs- und Befahrverbot. Ausgenommen davon ist gemäß § 3 Abs. 2 der Teil des Geltungsbereiches Kampfmittelunfallverhütungsverordnung, der an den Osnabrücker Verein für Luftfahrt zur Nutzung als Segelflugplatz verpachtet ist und nur von den dazu berechtigten und beauftragten Personen betreten und befahren werden darf. Weiterhin ausgenommen ist der westliche Teil der Landesstraße 77 (Westerkappelner Straße), der zum Teil über den Geltungsbereich Kampfmittelunfallverhütungsverordnung verläuft. Gemäß § 4 Abs. 1 der Kampfmittelunfallverhütungsverordnung sind von dem Verbot des § 3 Abs. 1 der Kampfmittelunfallverhütungsverordnung ausgenommen:

- „a) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden,
- b) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landschaftsschutzbehörden,
- c) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der für die Forstverwaltung zuständigen Behörden sowie deren Beauftragte im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung,
- d) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden, die mit der Erforschung und Beseitigung von Kampfmitteln beauftragt sind,
- e) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungsdienste bzw. Mitglieder der Feuerwehr im Rahmen ihrer Einsätze.“

Nach § 4 Abs. 2 der Kampfmittelunfallverhütungsverordnung entscheidet in begründeten Ausnahmefällen die Stadt Bramsche als örtlich zuständige Ordnungsbehörde, nach Rücksprache mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Bundesbetrieb Rhein-Weser, Forst-

revier Seeste, über Ausnahmegenehmigungen des Absatzes 1 hinaus auf Antrag vom Verbot des § 3 Abs. 1 dieser Kampfmittelunfallverhütungsverordnung.

Zum Betreten und Befahren bleiben gemäß **§ 4 Abs. 9** auch weitergehenden Vorschriften unter Anderem des allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 BNatSchG und des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG davon unberührt. Dabei gilt hier bei allen Handlungen während des Betretens und Befahrens sowie bei allen Handlungen insbesondere gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 BNatSchG: *„Es ist verboten 1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, 2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert, 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,“*.

Auch die Regelungen zur Betretung und zum Befahren des § 4 Abs. 2 **Nr. 2** der NSG-Verordnung bleiben unter anderem von den Vorschriften der Verordnung zur Verhütung von Unfällen mit Fundmunition im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Achmer (Kampfmittelunfallverhütungsverordnung ehemaliger Flugplatz Achmer) im Gebiet der Stadt Bramsche vom 07. März 2013 nach Absatz 9 unberührt.

Außerdem ist das Betreten und Befahren des Gebietes für Bedienstete der Naturschutzbehörden und deren Beauftragte, zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß **Nr. 2 a)** der NSG-Verordnung freigestellt. Bedienstete anderer Behörden sowie deren Beauftragte einschließlich deren Diensthunde - wie Jagd-, Rettungs-, Spür- oder Hütehunde - können das Gebiet in Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben unter Beachtung des Schutzzweckes nach **Nr. 2 b)** der NSG-Verordnung betreten und befahren. Nicht jede denkbare Maßnahme ist mit dem Schutzzweck vereinbar. Insofern muss die zuständige Naturschutzbehörde den Maßnahmen in jedem Einzelfall zustimmen. Nur so können erhebliche negative Auswirkungen ausgeschlossen werden.

Freigestellt ist nach **Nr. 2 c)** der NSG-Verordnung auch das Betreten und Befahren zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie zur Information und Bildung, wenn die Naturschutzbehörde dem zugestimmt hat. Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, dass Forschung, Lehre und Bildung möglich sind, die Naturschutzbehörde aber Kenntnisse darüber hat und das Gebiet durch häufige Störungen nicht in seiner Funktion entwertet wird. Gleichzeitig können durch Zurverfügungstellung der erhobenen Daten aktuelle Informationen für die Naturschutzbehörde gewonnen werden.

Gemäß **Nr. 2 e.)** ist das Betreten und Befahren im Rahmen der Handlungen nach den folgenden Nrn. 3 bis 12 unter den jeweils dort aufgeführten Bedingungen zulässig.

Alle Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (**Nr. 3**) sind vor allem aufgrund der hohen Kampfmittelbelastung des Gebietes zulässig.

Zulässig ist die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege sowie Entwicklung und zur Untersuchung und Kontrolle des NSG, wenn diese Maßnahmen im Auftrag oder auf Anordnung der Naturschutzbehörde bzw. mit deren Zustimmung durchgeführt werden (**Nr. 4**). Die Freistellung dient der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes des Gebietes einschließlich deren Vorbereitung und der Kontrolle über die Erreichung des Schutzzweckes. Insbesondere sind dies Untersuchungen und Maßnahmen auf Grundlage

des Naturerbe- Entwicklungsplans auf den im Eigentum der DBU Naturerbe GmbH befindlichen Flächen, welche der Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde (im Jahr der Verordnungserstellung ist dies die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Osnabrück, auf die die im übertragenen Wirkungskreis die Zuständigkeit vom Land Niedersachsen übertragen wurde) bedürfen. Eine solche Maßnahme könnte z.B. eine Beweidung zur Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes insbesondere der in § 2 Abs. 3 genannten Lebensraumtypen 2310 (Sandheiden mit Besenheide und Ginster auf Binnendünen), 2330 (Offene Grasflächen mit Silbergras und Straußgras auf Binnendünen) oder 4030 (Trockene Heiden) oder eine Waldbeweidung sein, wofür die zuständige Naturschutzbehörde für die Zeit der Beweidung die Errichtung von mobilen Weidezäunen zulassen kann. Nicht jede denkbare Maßnahme ist mit dem Schutzzweck vereinbar. Insofern muss die zuständige Naturschutzbehörde – für einige Maßnahmen auch in Einvernehmen mit der unteren Waldbehörde oder anderen Behörden - den Maßnahmen zustimmen. Die Zustimmung der Naturschutzbehörde kann z.B. im Rahmen einer jährlichen Abstimmung der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen oder durch Zustimmung der Naturschutzbehörde zu einem vom Flächeneigentümer erstellten Pflege- und Entwicklungsplan wie dem Naturerbe- Entwicklungsplan erfolgen.

Maßnahmen an Gehölzen außerhalb des Waldes zum Zwecke der Verjüngung wieder ausschlagsfähiger Gehölze im Rahmen von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung des Gebietes sowie das Freischneiden des Lichtraumprofils an Straßen, Wegen und Stellplätzen sind gemäß **Nr. 5** unter Beachtung der Regelung des § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG eines jeden Jahres zulässig. Um hierbei Schäden an Gelegen von bodenbrütenden Vogelarten sowie tritt- und druckempfindlichen Pflanzen wie z.B. Heide (*Calluna vulgaris*) zu vermeiden, sind der Einsatz von Schlegelmähern und das Ablegen des Schnittguts in den im Schutzzweck unter § 2 Abs. 3 aufgeführten Lebensraumtypenflächen, im Gehölzbestand oder in sonstige Saumbiotope unzulässig. Die Art und Weise muss dabei beschränkt werden, um mechanische Schäden an den Gehölzen möglichst gering zu halten und das gesunde Nachwachsen der Gehölze zu ermöglichen (vergl. DÖRING, J. (2005)); Zulässig ist die Verwendung von Messerbalken. Dies gilt auch für seine Verwendung an hydraulischen Auslegern. Zum Schutz, zur Förderung und zur Entwicklung der Gehölze als Lebensraum für Pflanzen und Tiere müssen die Pflegeschnitte zur Verjüngung – wie z.B. auch der fachgerecht durchgeführte Rückschnitt überalteter Heiden - jedoch zuvor bei der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt werden, um der Naturschutzbehörde die Möglichkeit der Prüfung der Einhaltung des Schutzzwecks zu ermöglichen. Vermieden werden sollen u. a. zu häufige Rückschnitte. Eine Beseitigung von Gehölzen durch z. B. Fällen oder Roden, die nicht der Verkehrssicherung dienen, dürfen darüber hinaus nur mit Zustimmung der Naturschutzbehörde durchgeführt werden. Diese Regelung dient dem Erhalt des Landschaftsbildes, des Strukturreichtums und der Beibehaltung eines möglichst vielseitigen Angebotes an Brut-, Ruhe- und Lebensstätten (u. a. durch Sicherung von Horst- und Höhlenbäumen) für eine Vielzahl von Tierarten. Die Anzeige und Zustimmung kann im Rahmen einer jährlichen Abstimmung der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen erfolgen.

Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit, welche zur Abwendung einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr, die ein sofortiges Handeln erfordern, dienen, sind nach **Nr. 6** zulässig. Der Begriff „erhebliche Gefahr“ wird in § 2 Nr. 1 Buchst. c) Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) definiert.: Der Begriff der „gegenwärtigen Gefahr“ ist in § 2 Nr. 1 Buchst. b) Nds. SOG definiert.

Freigestellt ist gemäß **Nr. 7** die ordnungsgemäße Unterhaltung von Straßen und Wegen im Schutzgebiet außerhalb des Waldes innerhalb des vorhandenen Profils ohne Einbau von zusätzlichem neuem Material. Das Profil beinhaltet dabei auch den Straßen-/ Wegeseitenraum (Bankett). Unter die Unterhaltung fallen Maßnahmen, die dem Entstehen von Schäden bzw. dem Ausweiten beginnender Schäden vorbeugen (z.B. Glattziehen des Weges). Im NSG sind dies vor allem Zufahrten zum Gebiet sowie Wege. Die Instantsetzung durch den Einbau von neuem Wegematerial, der Ausbau bzw. die Erweiterung und die Neuanlage von Straßen und Wegen ist unzulässig, um so den Erhaltungszustand insbesondere der in Kap. 3 genannten Lebensraumtypen – die sich z.T. auf den vorhandenen Wegen entwickelt haben - sowie Arten nicht zu gefährden. Weiterhin kann eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit bei Erweiterung und Neuanlage von Straßen und Wegen ausgehend von möglichen Kampfmittelvorkommen im Boden nicht ausgeschlossen werden. Die Unterhaltung von Waldwegen wird in **§ 4 Abs. 4 Nr. 4 c)** geregelt.

Rechtmäßig bestehende bauliche Anlagen, wie z. B. die Gebäude für den ordnungsgemäßen Flugbetrieb, dürfen gemäß **Nr. 8** weiterhin in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang genutzt und unterhalten werden, um deren Betrieb zu gewährleisten. Sollten bauliche Anlagen instandgesetzt oder ersetzt werden müssen, können hiervon jedoch Beeinträchtigungen des Schutzzweckes hervorgerufen werden. Um dies zu vermeiden, muss die zuständige Naturschutzbehörde dem zustimmen, um bei Bedarf Einfluss auf die Baumaßnahmen nehmen zu können (z.B. durch die Vorgabe von Bauzeitenregelungen zur Verhinderung von Störungen der in Kap. 3 genannten Tiere) und die Einhaltung des Schutzzweckes zu gewährleisten.

Durch die Regelung **Nr. 9** werden die Nutzung und Unterhaltung der an das öffentliche Netz angeschlossenen Ver- und Entsorgungsleitungen, insbesondere der Leitung, die entlang der Straße östlich der Bahnlinie z.T. den LRT 9110 und 9190 überschirmt, ermöglicht. Die Unterhaltung der bestehenden Leitung östlich der Bahnlinie schließt auch den fachgerecht durchgeführten Rückschnitt von Gehölzen ein, die in die Leitungen wachsen. Hinsichtlich der Instandsetzung bzw. eines Ersatzes dieser Anlagen, gelten die Bestimmungen analog der Regelung unter Nr. 8, um den Schutzzweck insbesondere den Erhaltungszustand der Lebensraumtypen zu wahren. Im Einzelfall dürfen nicht aufschiebbare Maßnahmen zur Behebung von Störungen des Betriebes auch unmittelbar bei Beginn oder unverzüglich nach Durchführung der Maßnahmen angezeigt werden.

Nr. 10 erlaubt das Aufstellen von Tafeln und Schildern zu gebietsbezogenen, naturschutzfachlichen Informationen sowie für den ordnungsgemäßen Flugbetrieb im Auftrag, auf Anordnung oder mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde und in Absprache mit dem Flächeneigentümer oder der Flächeneigentümerin. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass der Zweck, die Art und Weise sowie der Standort eines solchen Schildes mit dem Schutzzweck vereinbar sind und Störungen beim Aufstellen von Tafeln und Schildern insbesondere der unter Kap. 3 genannten Lebensraumtypen und Arten vermieden wird. Die Zustimmung kann auch im Rahmen der Abstimmung eines Beschilderungs- und Informationskonzeptes erfolgen.

Gemäß **Nr. 11** ist das Aufstellen von Hinweis- und Warntafeln aufgrund anderer Rechtsvorschriften sowie Notfall-Rettungsschilder zulässig. Dazu gehören z. B. Verkehrsschilder sowie temporär aufgestellte Hinweis-, Warn- und Rettungsschilder o.ä.

Für das Betreten und Befahren des Gebietes zur Durchführung von organisierten Veranstaltungen sowie für die Durchführung selbst ist nach **Nr. 12** eine Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich. Diese kann nur erteilt werden, wenn Schädigungen und

Störungen des Gebietes nicht zu erwarten sind bzw. vermieden werden. In **§ 10** wird der Begriff „organisierte Veranstaltungen“ definiert als Veranstaltungen, bei denen am Veranstaltungstag mehr Menschen oder auch Fluggeräte als an üblichen (Betriebs-) Tagen im Schutzgebiet sind, an denen dadurch oder z.B. durch ein erhöhtes Besucher- oder Flugaufkommen ein höheres Störpotenzial zu erwarten ist (z.B. Flugtage).

5.2.2 Regelungen zur Durchführung der landwirtschaftlichen Nutzung

Absatz 3 regelt die Durchführung der landwirtschaftlichen Nutzung der in der maßgeblichen Karte waagerecht schraffierten Dauergrünlandflächen mit dem Lebensraumtyp 2330 und 6510 im Gebiet. Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung wird unter den aus dem Schutzzweck abgeleiteten Vorgaben für die Flächen dieses Lebensraumtyps freigestellt. Eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen liegt vor, da das Mahdgut zur Zeit einer Verwertung als Futter oder auch einer Verwertung in Biogasanlagen zugeführt wird.

Bodensenken, -mulden oder -rinnen bereichern das Landschaftsbild um in der Umgebung selten gewordene Strukturen. Insofern muss der jetzige Relie fzustand der landwirtschaftlichen Flächen gemäß **Nr. 1** erhalten bleiben, um dem Schutzzweck gerecht zu werden. Unter anderem trägt ein bewegtes Bodenrelief zur Vielfalt von Natur und Landschaft bei, da durch Reliefunterschiede (z.B. Kuppen und Senken) sich unterschiedliche Standorteigenschaften (Wasserhalt oder- Abfluss, Änderungen von physikalischen und chemischen Eigenschaften des Bodens...) und damit sich ein Mosaik aus vielfältiger Vegetation und vielfältigem Tierartenvorkommen ausprägt. Das Verfüllen von Bodensenken, -mulden oder -rinnen sowie die Einebnung und Planierung würde damit dem Schutzzweck entgegenwirken. Der Abbau von Bodenbestandteilen, Auf- und Abspülungen oder Abgrabung sowie die sonstige Veränderung des Bodengefüges verändert auch das Oberflächenabflussregime. Dadurch ist die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts gem. § 3 Abs. 1 Nr.1 – insbesondere in Bezug auf die Schutzgüter Boden und Wasser – beeinträchtigt. Weiterhin kann eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit bei bodenverändernden Maßnahmen ausgehend von möglichen Kampfmittelvorkommen im Boden nicht ausgeschlossen werden.

Nicht zulässig ist die Veränderung des Wasserhaushalts durch zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen (**Nr. 2**). Grundsätzlich soll im Schutzgebiet vermieden werden, dass der Wasserrückhalt in der Fläche sinkt, um den Erhalt der natürlichen bzw. derzeit vorliegenden Standortbedingungen zu gewährleisten. Die Veränderung des Wasserhaushaltes in Form einer Absenkung des Grundwasserspiegels ist eine der Hauptgefährdungen wie in Kap. 4 beschrieben ist und muss daher unterbunden werden.

Das unter **Nr. 3** genannte Verbot der Anlage von Feldmieten oder Silos wirkt einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes als auch zu einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes durch zusätzlichen Nährstoffeintrag durch Auswaschung der Feldmieten oder Silos entgegen. Ein erhöhter Nährstoffeintrag gefährdet vor allem die unter § 2 Abs. 3 aufgelisteten Lebensraumtypen, die auf nährstoffarmen Standorten vorkommen.

Maschinelle Bodenbearbeitung wie z. B. Walzen, Schleppen, Striegeln sind gemäß **Nr. 4** nur nach Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig. Nur so können erhebliche negative Auswirkungen auf die Schutzgüter in § 2 (vor allem Lebensraumtypen und Brutvögel) ausgeschlossen werden. Dabei dürfen diese Bodenbearbeitungsmaßnahmen nur sehr flachgründig sein, damit zum einen die Grasnarbe nicht zerstört wird und zum anderen eine

Gefährdung menschlicher Gesundheit durch im Boden vorkommende Kampfmittel vermieden wird.

Die dem Lebensraumtyp 6510 entsprechenden Pflanzengesellschaften haben sich vor allem durch Heugewinnung entwickelt. Sie sind somit bis zu einem gewissen Maß schnittverträglich (in der Regel Zweischnittnutzung), aber beweidungsempfindlich (Tritt, Verbiss). Bei einer reinen Beweidung würde eine Verschiebung des Artenspektrums, vor allem der Rückgang beweidungsempfindlicher Arten einsetzen. Ähnliches gilt für den LRT 2330, der sich zwar nicht durch Heugewinnung entwickelt hat, für den aber die Mahd mit Austrag des Mahdgutes aus den Flächen in den entsprechenden Vollzugshinweisen des NLWKN als wichtige Maßnahme zur Wahrung und Verbesserung des Erhaltungszustandes aufgeführt wird. Daher dient die Vorgabe unter **Nr. 5** der Erhaltung dieser Lebensraumtypen (s. auch Begründung zu Nr. 7). Die Regelung lässt dabei auch zu, dass, wie von BRINKERT et.al. (2020) gefordert, bis zu ca. 10 % auf jeder Teilfläche des Lebensraumtyps *„alternierend stehen gelassen werden, die dann erst bei der nächsten Mahd mit abgemäht werden. So entstehen sowohl Refugialhabitate für Insekten, die sich von dort aus wieder in die Fläche ausbreiten können als auch Überwinterungshabitate in überjährig stehen bleibenden Beständen.“*

Für die Mahd sind nach **Nr. 6** nur Balken-, Scheiben- und Trommelmähwerke ohne Aufbereiter (Zetter) zulässig. Durch die Verwendung von Mulchmähern und Aufbereitern (Zetter) ist das Tötungsrisiko für blütenbesuchende Insekten und damit die für diesen Lebensraumtyp charakteristischen Tierarten höher als bei den zulässigen Verfahren (vergl. VAN DE POEL & ZEHM (2014)). Die Mahd der Parzellen sollte von innen nach außen oder von einer zur anderen Seite erfolgen. Müssen andere Mähwerke eingesetzt werden (z.B. robuste Schlegelmulchgeräte in Flächen, die mit Betonbrocken und Trümmerresten im Oberboden belastet sind oder in Flächen mit Gehölzaufkommen, welches nicht durch die zulässigen Mähwerke geschnitten werden kann) ist dies gemäß **Nr. 12** mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.

Die typischen Pflanzenarten der „Mageren Flachland-Mähwiesen“ und des LRT 2330 entwickeln sich langsamer als diejenigen der früh genutzten Vielschnittwiesen. Nur eine späte erste Nutzung ermöglicht ihnen eine Einlagerung von Reservestoffen und die Samenbildung, zwei Vorgänge, die essentiell sind für eine dauerhafte Sicherung dieses Lebensraumtyps in einem günstigen Erhaltungszustand. Darüber hinaus: Damit diese Mahd nicht die Brut der für diesen Lebensraumtyp charakteristischen, bodenbrütenden und gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 besonders geschützte Arten im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 2009/147/EWG

- Feldlerche (Brutzeit einschließlich der daran anschließenden Nestlingszeit gem. NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise der Art: ca. Anfang April bis ca. Mitte Mai, Zweitbruten ab Juni möglich,
- Heidelerche (Brutzeit einschließlich der daran anschließenden Nestlingszeit gem. NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise der Art: ca. Anfang April bis ca. Anfang Mai),

gefährdet, wird unter **Nr. 7** der 31.07. als ersten Schnitttermin vorgegeben. Dies entspricht den wissenschaftlich begründeten Vorgaben der Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen (NLWKN, 2011) für diese Lebensraumtypen und ist erforderlich, um den, für die LRT wertgebenden Pflanzenarten die Blüte und zumindest eine teilweise Fruchtreife zu ermöglichen. Eine Beweidung darf wie der erste Schnitt und ebenso begründet nicht vor dem 31.07. durchgeführt werden, es sei denn, die zuständige Naturschutzbehörde hat gemäß **Nr. 12** diesem zugestimmt.

Die Erneuerung der Grünlandnarbe gemäß **Nr. 8** unterliegt dem Zustimmungsvorbehalt der Unteren Naturschutzbehörde, damit diese eine den Schutzziele entsprechenden Artenzusammensetzung in der Grünlandnarbe gewährleisten kann und die Saat nur mit für den Naturraum typischen Gräsern und Kräutern erfolgt. Ein Umbruch der Grasnarbe muss unterbleiben, da eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit bei solchen bodenverändernden Maßnahmen ausgehend von möglichen Kampfmittelvorkommen im Boden nicht ausgeschlossen werden kann.

Das Verbot der Düngung gemäß **Nr. 9** soll das Gebiet vor übermäßigen Nährstoffeintrag schützen. In den Vollzugshinweisen für Arten und Lebensraumtypen (NLWKN, 2011) für die Lebensraumtypen wird als eine Hauptgefährdung eine starke Düngung genannt. Da auch der Standarddatenbogen Beeinträchtigungen durch Stickstoffeinträge aus der Luft nennt, muss zumindest die darüberhinausgehende Stickstoffzufuhr durch Düngung unterbunden werden, um die charakteristische Artenzusammensetzung nicht zu gefährden. Die Lebensraumtypen sind darüber hinaus empfindlich gegenüber zu hohen Stickstoffgaben, da diese Gräser und hochwüchsige Kräuter fördern, durch deren Beschattung lebensraumtypische, insbesondere die oft wertgebenden niedrigwüchsigen Gräser und Kräuter, verdrängt werden können. Weiterhin können Düngemittel bei Eintrag in den Boden mit dort möglicherweise vorkommenden Kampfmitteln chemische Verbindungen eingehen, die sich negativ auf den Schutzzweck des Gebietes auswirken könnten.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln unterbleibt nach **Nr.10** deswegen, da Herbizide und Fungizide die Zusammensetzung der charakteristischen Pflanzenarten durch Bevorteilung einzelner Arten und Verdrängung anderer Arten verändern und damit den Lebensraumtyp gefährden könnten. Alle Pflanzenschutzmittel, die sich gegen einzelne Tiergruppen richten (z.B. Insektizide, Rodentizide...) könnten die Zusammensetzung der charakteristischen Tierarten des Lebensraumtyps verändern. Weiterhin können Pflanzenschutzmittel bei Eintrag in den Boden mit dort möglicherweise vorkommenden Kampfmitteln chemische Verbindungen eingehen, die sich negativ auf den Schutzzweck des Gebietes auswirken könnten.

Um die charakteristische Pflanzenartenzusammensetzung der Lebensraumtypen nicht zu gefährden, muss nach **Nr. 11** auf Kalkung verzichtet werden. Weiterhin können Kalkzugaben bei Eintrag in den Boden mit dort möglicherweise vorkommenden Kampfmitteln chemische Verbindungen eingehen, die sich negativ auf den Schutzzweck des Gebietes auswirken könnten.

Mit **Nr. 12** wird eine gewisse Flexibilität hinsichtlich der Verlegung des Schnitttermins nach vorne sowie des Mähwerkes im Schutzgebiet zugelassen. Dies setzt voraus, dass der Schutzzweck der Verordnung, wie z.B. die Berücksichtigung möglicher Brutgelege der bodenbrütenden Vögel, nicht beeinträchtigt wird, welches von der zuständigen Naturschutzbehörde geprüft wird.

5.2.3 Regelungen zur ordnungsgemäßen Forstwirtschaft

Im **Absatz 4** wird die Durchführung der ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Nutzung unter den aus dem Schutzzweck abgeleiteten Vorgaben freigestellt.

Zu beachten ist hierbei, dass waldbetreffende Maßnahmen außerhalb der Wald- Lebensraumtypen auf den Flächen der DBU Naturerbe GmbH nach den im Leitbild für die Wersener Heide aufgeführten Schutz- und Entwicklungszielen:

- „Umbau strukturarmer Nadelholzbestände in naturnahe, standortheimische Laubmischwälder durch Ausnutzung der Naturverjüngung mit dem Ziel der natürlichen Entwicklung,
- natürliche Entwicklung der Feucht- und Sumpfwälder sowie Feuchtgebüsche,
- natürliche Entwicklung der Eichen-Mischwälder und Buchenwälder,
- Erhalt und Entwicklung naturnaher Waldinnenränder und Waldränder mit Übergängen in das angrenzende Offenland“

nicht als Forstwirtschaft anzusehen sind, sondern vielmehr durch die Regelungen des § 4 Absatz 2 Nr. 4 als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege sowie Entwicklung des Gebietes dem Zustimmungsvorbehalt der zuständigen Naturschutzbehörde unterliegen.

Die unter **Absatz 4 Nr. 1 bis 4** getroffenen Regelungen entsprechen dem Gemeinsamen Runderlass des MU und des ML vom 21.10.2015 zur „Unterschutzstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnung“ (im Folgenden: „Unterschutzstellungserlass“). Die Maßgaben des Unterschutzstellungserlasses wurden nach den Parametern der Bewertungsmatrix zur Erfassung und Beurteilung der FFH-Lebensraumtypen gemäß Anhang I und der Arten des Anhangs II für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen und nach forstökonomischen Kriterien von Fachleuten betroffener Disziplinen entwickelt. Die Regelungen gewährleisten in besonderem Maße den Erhalt der natürlichen Standortbedingungen sowie ein Mindestmaß an Alters- und Strukturreichtum standortgerechter, naturnaher sowie artenreicher Waldbestände bei gleichzeitiger Möglichkeit, die Waldbestände weiterhin forstwirtschaftlich nutzen zu können. Zudem entsprechen die Regelungen einer naturnahen, nachhaltigen Forstwirtschaft, wie sie die einschlägige Waldgesetzgebung und auch die Vorgaben der PEFC-Zertifizierung vorsehen.

Der Unterschutzstellungserlass hat bei der Formulierung der Verordnungsinhalte eine behördlich bindende Wirkung, wobei der Ordnungsgeber bei der rechtsverbindlichen Unterschutzstellung bestimmter Teile von Natur und Landschaft eine in erster Linie dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verpflichtete Würdigung der sich gegenüberstehenden Interessen des Schutzes von Natur und Landschaft auf der einen und der Nutzungsinteressen der betroffenen Grundeigentümer auf der anderen Seite vorzunehmen hat (vgl. BVerwG, Beschl. v. 20.12.2017 – 4 BN 8.17 –, Rn. 9).

Dieser Verpflichtung entspricht der Landkreis Osnabrück vorliegend. Der als orientierungsgebende Leitlinie dienende Unterschutzstellungserlass wurde auf der kommunalen Ebene diesbezüglich überprüft. Der Ordnungsgeber übernimmt den Inhalt des Sicherungserlasses nicht einfach, sondern prüft in Bezug auf den hier vorliegenden Fall, ob und inwieweit die Inhalte des Sicherungserlasses sinnvoll und geeignet sind, den geschuldeten, dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügenden Interessenausgleich zu gewährleisten.

Gemäß der Vorgaben des Leitfadens 2018 zum Unterschutzstellungserlass wird für die Lebensraumtypen-Flächen je Lebensraumtyp ein Gesamterhaltungszustand ermittelt. Für das Schutzgebiet liegt dieser für alle LRTen Erhaltungszustand „B“. Die Regelungsinhalte sind für die EHZ „B“ und „C“ dieselben. Hiermit entspricht der ministerielle Erlassgeber der europarechtlichen Verpflichtung, Lebensräume von einem schlechten in einen guten Erhaltungszustand zu bringen.

Die Regelungen **Nr. 1 a) bis l) sowie Nr. 2 und Nr. 3**, entsprechen dem Unterschutzstellungserlass und werden in dem dazugehörigen Leitfaden erläutert und begründet.

Zu **Nr. 1a)**: Ein Femelhieb ist in dem Leitfaden als nicht zielführend für den LRT 9190 beschrieben. Ein Femelhieb im LRT 9110 kann deshalb nicht zulässig sein, da dies bei der kleinen Fläche einem Kahlschlag gleich käme.

Abweichend vom Unterschutzstellungserlass ist nach **Nr. 1 b)** die Weiternutzung vorhandener Feinerschließungslinien aus forstwirtschaftlichen Praktikabilitätsabwägungen zulässig, sofern ein Gassenabstand von 20 m nicht unterschritten wird.

Die Regelung unter **Nr. 1 c) cb)** weicht von den Regelungen des Unterschutzstellungserlasses ab. Im Schutzgebiet (östlich der Bahnlinie) kommen Waldbereiche vor, die kaum Erschließungslinien im Sinne des Unterschutzstellungserlasses aufweisen. Auf einem Teil dieser Flächen besteht die übliche Praxis der Holzernte hier aus einer extensiven Brennholzentnahme mittels Schlepper. Erhebliche Beeinträchtigungen der Krautschicht sind überwiegend nicht erkennbar. Wenn diese Praxis beibehalten wird, ist sie mit dem Schutzzweck vereinbar. Insofern würden erst noch herzustellende Feinerschließungslinien mit ihren häufigen Begleitfolgen, wie Verdichtung und Ausbreitung von Stör-, Stickstoff-, Verdichtungs- und Verlichtungszeigern, in den heute meist extensiv bewirtschafteten Wäldern zu ungewünschten negativen Veränderungen führen. Um dies nicht zu fördern, ist das Befahren außerhalb von Wegen und Feinerschließungslinien zur Entnahme einzelner Bäume für den Eigenbedarf und ohne den Einsatz von Forstfahrzeugen, wie Harvester oder Forwarder, im Schutzgebiet zulässig. Neben dem Schutz der Lebensraumtypen wird hierdurch die übliche Praxis, dass das Holz (i. d. R. Brennholz) mittels eines Schleppers aus dem Wald befördert wird, berücksichtigt. Mit dieser Regelung wird die Möglichkeit gegeben, die Wälder in dieser Form zu nutzen. Mit dem Befahren dieser Waldflächen einhergehende Schädigungen der Krautschicht sowie der Bodenstruktur durch Verdichtung in Folge zu nasser Witterungsverhältnisse würden dem Schutzzweck und der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft widersprechen und müssen deshalb durch Regelungen ausgeschlossen werden. Deshalb muss sich das ausnahmsweise zu zulassende flächige Befahren auf Trocken- und Frostphasen beschränken. Trockenphasen können nach bisherigen klimatischen Erfahrungen der Forstfachleute beispielsweise in den Monaten September und Oktober vorkommen. In jedem Fall ist jedoch die Bodenvegetation, die insbesondere im Frühjahr bzw. im Frühsommer austreibt, zu schonen.

Nr. 1 c) cc) erlaubt abweichend vom Unterschutzstellungserlass, der das Befahren außerhalb der Wege und Feinerschließungslinien nur für Maßnahmen zur Vorbereitung der Verjüngung vorsieht, auch zu anderen Zwecken, wobei dies unter dem Zustimmungsvorbehalt der zuständigen Naturschutzbehörde steht.

Nr. 1 d) erlaubt abweichend vom Unterschutzstellungserlass aus forstwirtschaftlichen Praktikabilitätsabwägungen das Rücken in Altholzbeständen im Zeitraum vom 01.03. bis 31.08. nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde.

belegt ausgeschlossen ist.

Damit ein Habitatbaumkonzept überhaupt wirksam werden kann, muss gewährleistet werden, dass die Bäume ungestört die Zerfallsphase erreichen können. Deshalb ist bei der Auswahl der Bäume besonders darauf zu achten, dass sie abseits der Wege und möglichst im Bestandesinneren ausgewählt werden, wo sie nicht der Verkehrssicherungspflicht unterliegen. Nur für den Fall, dass sich ausnahmsweise einmal Verkehrssicherungsprobleme ergeben sollten, wird **Nr. 1 f)** um einen Zusatz ergänzt, der eine Einkürzung oder Fällung eines Habitatbaumes ermöglicht. Eine Fällung ist nur nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde 14 Tage vor der Maßnahme zulässig. In einem derartigen Fall verbleibt der Baum als Totholz im Bestand und es ist unverzüglich ein neuer Habitatbaum auszuwählen

und zu markieren. Das hierdurch entstehende Totholz wird nicht zur Erfüllung des verpflichtenden Anteils zum Belassen von Totholz (2 Stück liegendes oder stehendes Totholz gemäß **Nr. 1 h**) angerechnet, sondern verbleibt zusätzlich im Bestand. Der Einkürzung eines Habitatbaumes ist in jedem Fall Vorrang vor einer Fällung einzuräumen.

Die im Unterschutzstellungserlass vorgegebene Formulierung wurde in **Nr. 1 g), 2 und 3** verständlicher gemacht: So wurden zu 2 und 3 zur Klarstellung der verpflichtende prozentuale Anteil der lebensraumtypischen Hauptbaumart hinzugefügt. Inhaltlich wurde keine Änderung vorgenommen.

Nr. 1 i) ermöglicht abweichend vom Unterschutzstellungserlass die flächige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in begründeten Ausnahmefällen nach Anzeige mindestens 10 Werktage vor Maßnahmenbeginn bei der zuständigen Naturschutzbehörde, wenn eine erhebliche Beeinträchtigung i. S. d. § 33 Abs. 1 Satz 1 und des § 34 Abs. 1 BNatSchG nachvollziehbar belegt ausgeschlossen ist.

Entwässerungsmaßnahmen, welche nach B I 11 des Unterschutzstellungserlasses geregelt werden, bleiben gemäß **§ 3 Abs. 2 Nr. 10 und 13** der Schutzgebietsverordnung verboten. Diese werden deshalb nicht freigestellt, da, wie in Kapitel 4 dieser Begründung dargestellt ist, der Wassermangel in dem Gebiet als eine Haupt- Gefährdung genannt wird, welcher zum Rückgang von feuchten Lebensräumen und deren charakteristischen Arten geführt hat.

Unter **Nr. 4** stehen die Regelungen, die auf den Wald- Lebensraumtypen sowie den Waldflächen östlich der Bahnlinie gelegen auch ohne Vorkommen von Lebensraumtypen gelten. Sie entsprechen inhaltlich dem Unterschutzstellungserlass. **Nr. 4 a)** kommt der Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft zu Gute. Die **Nr. 4 b)** dient der Klarstellung.

Der Unterschutzstellungserlass regelt größtenteils die forstliche Bewirtschaftung auf Waldflächen mit signifikanten (wertbestimmenden) Lebensraumtypen. Aufgrund der Verzahnung von Lebensraumtypen und Nicht-Lebensraumtypen im Schutzgebiet ist eine Aufteilung nicht praktikierbar. Um Beeinträchtigungen auszuschließen, müssen die Regelungen des Unterschutzstellungserlasses zur Unterhaltung, Instandsetzung sowie zu Neu- und Ausbau von Waldwegen auch für die grau dargestellten Waldflächen ohne Vorkommen von Lebensraumtypen gelten (**Nr. 4 c) bis e)**).

Als Hinweis zur Freistellung der schutzgebietsverträglichen Wegeunterhaltung unter **Nr. 4 c)** ist zu beachten, dass es unzulässig ist, überschüssiges Material im Waldsaum abzulagern. Entgegen der heute oft üblichen Praxis muss überschüssiges Material abtransportiert werden, wenn aufgrund seiner Menge oder der Ausprägung des Umfeldes (z.B. durch Abschwemmung in Bachläufe, Zerstörung der lebensraumtypischen Krautschicht durch Standortveränderungen) eine Beeinträchtigung des Schutzzweckes nicht ausgeschlossen werden kann.

Nr. 4 f) weist zur Klarstellung ausdrücklich auf die artenschutzrechtlichen Regelungen hin, die ungeachtet der Ausweisung von Habitatbäumen und der Sicherung von Tot- und Altholz übergeordnet gelten. Danach müssen z. B. vorhandene Höhlen- und Horstbäume als potentielle Brut- und Quartierbäume für Vögel, Fledermäuse oder auch andere besonders geschützte Tierarten, auch in Nadelforsten, konsequent stehen gelassen werden. Gleiches gilt auch für das Vorkommen anderer erkennbarer Fortpflanzungs-, Aufzucht- und Ruhestätten, z. B. in abgespaltenen oder morschen Rinden sowie in Astgabeln.

Nr. 5 enthält die sinngemäße Übernahme des Inhaltes des Unterschutzstellungserlasses.

Von der grundsätzlichen Eigentümerbindung der Nr. 1 e) bis h) dieses Absatzes kann nach **Nr. 6** mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde abgewichen werden, sofern eine rechtlich bindende Vereinbarung zwischen dem Eigentümer und einem Dritten besteht, die die qualitative und quantitative Einhaltung der Auflagen mit allen Konsequenzen auf den Dritten überträgt und keine Beeinträchtigungen des NSG oder seiner für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteile zu erwarten sind.

Die oben genannten Regelungen beschreiben die Mindestanforderungen für die ordnungsgemäße Forstwirtschaft. Darüberhinausgehende strengere Maßnahmen – wie z.B. die Erhaltung von mehr als 3 Habitatbäumen (vergl. 1 f), der gänzliche Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmittel (vergl. 1 i) oder Kalkung (vergl. 1 l), der Verzicht auf künstlicher zugunsten von natürlicher Verjüngung (vergl. 2 b) und 3 b) oder die Übertragung der Mindestanforderungen in Nr. 1 auf Wälder unter Nr. 4 - sind zulässig, soweit der Schutzzweck dieser Verordnung nicht beeinträchtigt wird.

5.2.4 Regelungen zur ordnungsgemäßen Nutzung des Segelflugplatzes und des Modellflugplatzes

Absatz 5 stellt im Sinne des Bestandsschutzes des § 4 Abs. 9 der Schutzgebietsverordnung die durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau genehmigte ordnungsgemäße Nutzung des Segelflugplatzes und des Modellflugplatzes nach den Grundsätzen des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG), der Luftverkehrs-Ordnung (Luft-VO), der Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) und der Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten für die bemannte und unbemannte Luftfahrt frei, sofern dieser mit dem Schutzzweck in § 2 der Verordnung vereinbar ist. Damit greift die Verordnung dieses Schutzgebietes die Verordnung zum NSG „Haler Feld-Vogelpohl“ westlich angrenzend auf, in der gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 3 der Segelflugbetrieb als „sonstige bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig ausgeübte Nutzungen“ sowie gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 9. die „Ausübung des Modellflugsports in der bisherigen Art und Weise“ von den Verboten unberührt bleibt. Der Modellflugplatz befinden sich teilweise auf dem Gebiet des NSG „Haler Feld-Vogelpohl“ sowie teilweise auf dem Gebiet dieses Schutzgebietes „Achmer Sand“; zum Segelflugplatz führt eine Zufahrt im Gebiet des NSG „Haler Feld-Vogelpohl“.

Der „Flugbetrieb“ als rechtmäßige Nutzung oder Bewirtschaftung im Sinne dieser Verordnung beinhaltet

- die Unterhaltung der Nutzungsflächen zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen und gefahrlosen Startens und Landens,
- die Fluggeräte zur Startbahn oder Stellfläche hin bzw. von diesen weg zu befördern,
- die Fluggeräte vorübergehend abzustellen
- sowie den ordnungsgemäßen Flug einschließlich Start und Landung durchzuführen.
- sonstige, von der zuständigen Genehmigungsbehörde zugelassenen Handlungen und Maßnahmen zur bemannten oder unbemannten Luftfahrt

Gemäß **§ 4 Abs. 9** bleiben weitergehenden Vorschriften unter Anderem des allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 BNatSchG und des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG davon unberührt. Ebenfalls davon unberührt bleibt der Schutz der im Bereich des Flugplatzes vorkommenden gesetzlich geschützten Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m § 24 NAGBNatSchG.

Die Durchführung organisierter Veranstaltungen - wie z.B. Flugtage oder ähnliches, bei denen am Veranstaltungstag mehr Menschen und Fluggeräte als an üblichen Betriebstagen auf dem Flugplatz sind, ein erhöhtes Flugaufkommen besteht und an denen dadurch ein höheres Störpotenzial zu erwarten ist - bedarf nach **Nr. 2** der Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde. Dies soll der Naturschutzbehörde die Möglichkeit der Prüfung der Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem Schutzzweck der Verordnung einräumen. Eine Zustimmung kann nur erteilt werden, wenn eine Vereinbarkeit insbesondere mit dem Schutzzweck dieses Schutzgebietes, dem Schutzzweck des § 30 BNatSchG und den Regelungen des § 44 BNatSchG hergestellt werden kann. Die Zustimmung und Beratung durch die Naturschutzbehörde kann im Rahmen einer jährlichen Abstimmung der geplanten Veranstaltungen erfolgen.

5.2.5 Regelungen zur Durchführung der Jagd

Absatz 5 regelt die Ausübung der Jagd im Schutzgebiet. Die ordnungsgemäße Jagd umfasst nach dem Wortlaut des Niedersächsischen Jagdgesetzes das Recht zum Aufsuchen, Nachstellen, Erlegen und Aneignen von Wild sowie den Jagdschutz und ist unter Berücksichtigung des Schutzzwecks gemäß des § 2 der Schutzgebietsverordnung und daraus begründeten Vorgaben freigestellt. Die nachfolgend dargestellten Regelungsinhalte sind Ergebnis aus der Verpflichtung zur Sicherung der schutzzweckbezogenen Belange und der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer effizienten Jagd zur Regulierung des Wildbestandes im Schutzgebiet:

Die meisten Regelungen beziehen sich auf die Neuanlage jagdlicher Einrichtungen (**Nrn. 2, 3 und 4**). Bestehende Anlagen genießen Bestandsschutz. Die Anzeigepflichten und Zustimmungsvorbehalte in den Regelungen unter den **Nrn. 1, 2, 4, und 6** kommen insgesamt dem Schutz der Lebensraumtypen und gesetzlich geschützten Biotopen und ermöglichen im Vorfeld des Vorhabens, die Sensibilität des Standortes und den Zeitpunkt der vorgesehenen Maßnahmen unter schutzzweckfachlichen Aspekten und unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Monitoring- Ergebnisse zu prüfen.

Zu den Regelungen, bei denen es nur um Neuanlagen geht, gehört u. a. die Neuanlage von Wildäsungsflächen, welche auf allen Flächen mit Lebensraumtypen (s. Kapitel 3.1) unter vorherigen Zustimmungsvorbehalt der Naturschutzbehörde (**Nr. 1**) stehen. Naturschutzfachlich muss bei der Auswahl geplanter Äsungsflächen die Sensibilität des jeweiligen Standortes geprüft werden, um die Schäden in diesen Bereichen durch Zerstörung der oberen Bodenschichten, z. B. bei Anlage eines Wildackers, sowie der lebensraumtypischen Waldbodenflora zu verhindern. Es ist auf diesen Flächen nicht auszuschließen, dass es zu einem erhöhten Nährstoffeintrag kommt und auch die Flächen in ihrem direkten Umfeld mit betroffen sind. Im Bereich von gesetzlich geschützten Biotopen ist eine Neuanlage untersagt, da diese auch hier zur Beeinträchtigung bzw. zur Zerstörung der naturnahen Biotope führen würde.

Die Neuanlage von mit dem Boden fest verbundenen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen wie z. B. Hochsitze bedarf gemäß des Gem. RdErl. d. ML u. d. MU v. 3. 12. 2019 „Jagd in Schutzgebieten“ der Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde (**Nr. 2**), da durch die Errichtung von Hochsitzen je nach Standortauswahl Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, der im Gebiet vorkommenden Lebensraumtypen sowie möglicher Brut- der lebensraumtypischen Waldrand-, Halboffenland- und Offenland- Vogelarten - einschließlich Anhangsarten der Vogelschutzrichtlinie (wie z.B. Heidelerche) - möglich sind.

Die mobilen Hochsitze nehmen im Vergleich zu den fest mit dem Boden verbundenen Hochsitzen den größeren Anteil im Schutzgebiet ein. Außerhalb der nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotope und den unter § 2 Absatz 3 der Verordnung genannten Lebensraumtypen ist das Aufstellen nach **Nr. 3** zulässig. Das Aufstellen mobiler Hochsitze an Standorten besonders empfindlicher Biotopstrukturen der nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotope und den unter § 2 Absatz 3 der Verordnung genannten Lebensraumtypen (**Nr. 4**) steht unter dem Anzeigevorbehalt bei der zuständigen Naturschutzbehörde zwischen dem 01.03. und dem 14.07. eines jeden Jahres, um bei der Standortwahl Beeinträchtigungen der Lebensraumtypen, der gesetzlich geschützten Biotope sowie möglicher Vogelbruten zu vermeiden.

Die Regelung unter **Nr. 5** soll gewährleisten, dass zur Fallenjagd keine Draht- oder Gitterkastenfellen, sondern nur abgedunkelte Lebendfallen, z. B. Betonrohrfallen, eingesetzt werden und nur unter der Voraussetzung, dass sie täglich bzw. bei elektronischem Signal unverzüglich kontrolliert und geleert werden. Die Regelung soll verhindern, dass unbeabsichtigt gefangene für den Schutzzweck relevante Tiere unter Stress geraten und Schaden nehmen. Ausgenommen von dieser Regelung ist die Fallenjagd auf Jungfuchse.

Die unter **Nr. 6** geregelte Anzeigepflicht ermöglicht den Einsatz der unter **Nr. 5** vorgesehenen Lebendfallen in den Lebensraumtypen des Schutzgebietes und gesetzlich geschützten Biotopen, sofern der Schutzzweck dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Beurteilung unterliegt den gleichen Kriterien (Standort- und Biotopsensibilität, Zeitpunkt der Ausführung) wie oben. Bei der Standortwahl muss in jedem Fall eine befahrbare Zuwegung vorhanden sein. Zum einen, um Schäden im Bestand durch Befahren und beim Aufstellen der schweren Lebendfallen und bei der Kontrolle zu vermeiden, zum anderen, weil eine Zuwegung die Voraussetzung für eine unverzügliche Kontrolle darstellt. Der Einsatz von schweren Lebendfallen außerhalb der Lebensraumtypen und gesetzlich geschützten Biotope des Schutzgebietes bedarf im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd und unter Berücksichtigung des Schutzzweckes in § 2 der Verordnung keiner Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde.

Nr. 7 ermöglicht darüber hinaus Ausnahmen von obigen Regelungen, soweit diese nicht dem Schutzzweck entgegenstehen.

5.2.6 § 4 Absatz 7 bis 10 verwaltungsrechtliche Regelungsinhalte

Der **Absatz 7** und der **Absatz 8** dienen der Klarstellung, wie die zuständige Naturschutzbehörde mit zustimmungspflichtigen und angezeigten Maßnahmen umgeht. Einer Zustimmung oder schriftlichen Anzeige folgende Verwaltungsakte generieren nach derzeitiger Gebührenordnung keine Gebühren.

Bei der Zustimmung prüft die zuständige Naturschutzbehörde im Einzelfall, ob die Handlung oder die Maßnahme schutzzweckkonform ist. Entscheidend für eine Zustimmung ist vorrangig die Verträglichkeit mit dem Schutzzweck. Eine Zustimmung kann dabei mit Nebenbestimmungen versehen werden, um schädigende Wirkungen zu verhindern und eine Zustimmung so zu ermöglichen. Ist die Handlung beziehungsweise die Maßnahme schutzzweckkonform oder wird dies durch Auflagen sichergestellt, so hat die zuständige Naturschutzbehörde der Handlung oder der Maßnahme zuzustimmen. Die Zustimmungsregelung bedarf keiner Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände. Sie kann schriftlich oder mündlich mit anschließender Aktennotiz erteilt werden. Letzteres ermöglicht in dringenden Fällen eine schnelle Abwicklung. Bei komplexen Handlungen oder Maßnahmen können zur Beurteilung

der Verträglichkeit notwendige Unterlagen durch die Naturschutzbehörde vom Verursacher verlangt werden. Dazu kann im Einzelfall auch eine FFH – Verträglichkeitsstudie gehören. Unberührt davon bleibt die Pflicht der Maßnahmenträger bzw. deren Beauftragten, bei allen von den Maßnahmen betroffenen Flächen- Eigentümern/ Eigentümerinnen die Erlaubnis zur Durchführung der geplanten Maßnahme(n) vor Maßnahmenumsetzung einzuholen.

Bestimmte Handlungen oder Maßnahmen sind vorab bei der zuständigen Naturschutzbehörde schriftlich anzuzeigen. Die vorherige Anzeige der Handlung oder der Maßnahme dient dazu, die Naturschutzbehörde in Kenntnis zu setzen, damit diese im Zweifelsfall die Zulässigkeit der Maßnahme überprüfen und ggf. Anordnungen treffen kann. Reagiert die Naturschutzbehörde innerhalb der Monatsfrist nicht, kann die Handlung, bzw. die Maßnahme ohne weiteres durchgeführt werden.

Der **Absatz 9** dient ebenfalls der Klarstellung. Diese Verordnung führt nicht dazu, dass anderweitige naturschutzgesetzliche Vorschriften oder weitere Vorschriften gemäß der Verordnung zur Verhütung von Unfällen mit Fundmunition im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Achmer (Kampfmittelunfallverhütungsverordnung ehemaliger Flugplatz Achmer) im Gebiet der Stadt Bramsche vom 07. März 2013 keine Geltung haben.

In **Absatz 10** wird geregelt, dass bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte von dieser Verordnung unberührt bleiben, sofern sie denen entgegenstünden.

5.3 § 5 Befreiungen

Hierbei handelt es sich um wiederzugebende gesetzliche Bestimmungen. Abstrakte Einzelfälle können nicht zu den von der Verordnung fassbaren Regelfällen gehören. Für solche angestrebten Handlungen muss eine Befreiung von den Verboten der Verordnung unter den in § 67 BNatSchG genannten Voraussetzungen erteilt werden. Gleichzeitig ist die angestrebte Handlung auf ihre Verträglichkeit mit dem Schutzzweck dieser Verordnung zu prüfen. Nur bei einem positiven Ergebnis der Verträglichkeitsprüfung bzw. bei der Erfüllung der Voraussetzungen des § 34 Absatz 3 BNatSchG i. V. m. § 34 Abs. 4 bis 6 BNatSchG kann eine Befreiung erteilt werden.

5.4 § 6 Anordnungsbefugnisse

Hierbei handelt es sich um wiederzugebende gesetzliche Bestimmungen, deren Wiedergabe der Klarstellung dient.

5.5 § 7 Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Von der Naturschutzbehörde angeordnete oder angekündigte, naturschutzfachlich begründeten Maßnahmen sind im NSG zu dulden, sofern hierdurch die Nutzung des Grundstücks nicht unzumutbar beeinträchtigt wird.

Im NSG werden, soweit dies für den Schutzzweck erforderlich ist, Untersuchungen, Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt (Nrn. 2 bis 5). Grundsätzlich soll insbesondere durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Schutz- und Erhaltungsziele gemäß § 3 – insbesondere die FFH-Lebensraumtypen und -Arten des NSG in einem günstigen Erhaltungszustand zu erhalten bzw. wieder in diesen Zustand zu versetzen – erreicht werden

5.6 § 8 Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

§ 8 stellt klar, dass die Verordnung den Ansprüchen der FFH-Richtlinie gerecht wird und wie die Regelungen der Verordnung im Sinne der FFH-Richtlinie einzustufen sind und auf welche Weise, über die Verordnung hinausgehende Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

5.7 § 9 Ordnungswidrigkeiten

§ 9 stellt klar, was i.S. dieser Verordnung ordnungswidriges Verhalten ist und wie dieses geahndet werden kann.

5.8 § 10 Begriffsbestimmungen

§ 10 listet zur Klarstellung einige Begriffe des Verordnungstextes auf.

5.9 § 11 Inkrafttreten

§ 11 beschreibt den Tag und das Prozedere der Inkrafttreten der Verordnung und stellt klar, dass mit Inkrafttreten der Verordnung die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Bersenbrück, Osnabrück, Melle und Wittlage Nr. OS 01 „Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald - Wiehengebirge“ vom 12.05.1965 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Osnabrück, S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 07.07.1997 (Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück S. 199) im Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben wird.

6 Literaturverzeichnis

- BLÜML, V., C. GRAVE, K. OSBURG & M. JOOST (2000): Die Avifauna ehemaliger Flugplätze bei Bramsche (Landkreise Osnabrück und Vechta) 1998/99. Vogelkdl. Ber. Niedersachsen. 32: 11- 25.
- BMS-UMWELTPLANUNG (2018): Kartierung seltener und mittelhäufiger Brutvögel auf der DBU-Naturerbefläche „Wersener Heide“; unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag der DBU Naturerbe GmbH
- BRINKERT, A (2020): Fachgutachten zur Erfassung der Lebensraumtypen und Biotoptypen von 2 Teilflächen im/am FFH-Gebiet 238 „Achmer Sand“, Gutachten der Biologische Station Kreis Steinfurt e.V., Tecklenburg im Auftrag des Landkreises Osnabrück, (unveröff.)
- BRINKERT, A.; T. STARKMANN & H. STORCH (2020): Abschlussbericht zur Biotoptypen- und FFH-Lebensraumtypenkartierung auf der DBU-Naturerbefläche Wersener Heide (Niedersachsen), Gutachten der Biologische Station Kreis Steinfurt e.V., Tecklenburg im Auftrag der DBU Naturerbe GmbH, Osnabrück, (unveröff.)
- DRACHENFELS v., O. (2012): Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 32, 1/2012
- DRACHENFELS v., O. (2011): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen. Naturschutz Landschaftspflege in Niedersachsen, Heft A/4, Stand März 2011, Hannover
- GRAVE, C. & OSBURG, K. (2000): Untersuchungen zu ausgewählten Tiergruppen und Biotoptypenkartierung des Standortübungsplatzes Wersen/Halen – Achmer (Ldkrs. Osnabrück) als Vorbereitung für die Erstellung eines Pflege- und Entwicklungsplanes. – Fachhochschule Osnabrück, Diplomarbeit (unveröff.)
- FLAKE, M. (2019): Feuchtgebiets- und Gewässermanagement als Teil der Naturerbe-Entwicklungsplanung auf der DBU Naturerbefläche Wersener Heide unter Einbeziehung faunistischer Untersuchungen an Amphibien; unveröffentlichte Masterarbeit der Universität Osnabrück und Hochschule Osnabrück
- KOMENDA-ZEHNDER, S.; BRUDERER, B. (2002): Einfluss des Flugverkehrs auf die Avifauna – Literaturstudie. Schriftenreihe Umwelt Nr. 344. Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, Bern. 100 S.
- MULERO-PÁZMÁNY, M.; JENNI-EIERMANN, S.; STREBEL, N.; SATTLER, T.; NEGRO, J.J.; TABLADO, Z. (2017): Unmanned aircraft systems as a new source of disturbance for wildlife: A systematic review. PLoS, ONE 12(6): e0178448.
<https://doi.org/10.1371/journal.pone.0178448>
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz von Brutvogelarten in Niedersachsen. – Wertbestimmende Brutvogelarten der EU-Vogelschutzgebieten mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Wespenbussard (*Pernis apivorus*). – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 7 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz von Brutvogelarten in Niedersachsen. – Wertbestimmende Brutvogelarten der EU-Vogelschutzgebiete mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Heidelerche (*Lullula arborea*). – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 7 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz von Brutvogelarten in Niedersachsen. – Wertbestimmende Brutvogelarten in EU-Vogelschutzgebieten mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Feldlerche (*Alauda arvensis*). – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 7 S., unveröff.

- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz von Brutvogelarten in Niedersachsen. – Wertbestimmende Brutvogelarten der EU-Vogelschutzgebiete mit höchster Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Großer Brachvogel (*Numenius arquata*). – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 7 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2010): Vollzugshinweise zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen sowie weiterer Biotoptypen mit landesweiter Bedeutung in Niedersachsen. Teil 2: FFH-Lebensraumtypen und Biotoptypen mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandebenen mit Stieleiche. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 17 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2010): Vollzugshinweise zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen sowie weiterer Biotoptypen mit landesweiter Bedeutung in Niedersachsen. Teil 2: FFH-Lebensraumtypen und Biotoptypen mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Bodensaurer Buchenwald: Hainsimsen-Buchenwälder sowie Atlantische bodensaure Buchen-Eichenwälder mit Stechpalme. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 21 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen sowie weiterer Biotoptypen mit landesweiter Bedeutung in Niedersachsen. – FFH-Lebensraumtypen und Biotoptypen mit höchster Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Sandheiden mit Besenheide und Ginster auf Binnendünen. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 13 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen sowie weiterer Biotoptypen mit landesweiter Bedeutung in Niedersachsen. – FFH-Lebensraumtypen und Biotoptypen mit höchster Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Offene Grasflächen mit Silbergras und Straußgras auf Binnendünen. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 14 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen sowie weiterer Biotoptypen mit landesweiter Bedeutung in Niedersachsen. – FFH-Lebensraumtypen und Biotoptypen mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Trockene Heiden. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 14 S., unveröff.
- NLWKN (Hrsg.) (2011): Vollzugshinweise zum Schutz der FFH-Lebensraumtypen sowie weiterer Biotoptypen mit landesweiter Bedeutung in Niedersachsen. – FFH-Lebensraumtypen und Biotoptypen mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen – Magere Flachland-Mähwiesen. – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz, Hannover, 17 S., unveröff.
- VAN DE POEL, D. & A. ZEHM (2014): Die Wirkung des Mähens auf die Fauna der Wiesen – Eine Literatursauswertung für den Naturschutz; in: ANLIEGEN NATUR 36(2), 2014: 36–51
- WALTEMATE, M. (2020): Die Feldlerche (*Alauda arvensis*) auf dem Flugplatz Achmer- Untersuchungen zur Revierverteilung und Reproduktion; unveröffentlichte Bachelorarbeit der Hochschule Osnabrück
- WICHMANN, L. & BAUSCHMANN, G. (2014): Artenhilfskonzept für den Wiesenpieper (*Anthus pratensis*) in Hessen. Gutachten der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Friedberg, 261 S.

7 Gesetze und Rechtsvorschriften

Amtsblatt der Europäischen Union (L12/22) vom 15. Januar 2008

Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist

Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1989 (BGBl. I S. 502) zuletzt verändert durch Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474)

Luftverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 30. November 2019 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist

Luftverkehrs-Ordnung vom 29. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1894), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1617) geändert worden ist

Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 19. Juni 1964 (BGBl. I S. 370), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2510) geändert worden ist

Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 3 § 21 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88)

Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. 2002, S. 112) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08.06.2016 (Nds. GVBl. S. 97)

Niedersächsisches Jagdgesetz (NJagdG) vom 16.03.2001 (Nds. GVBl. S. 100), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2018 (Nds. GVBl. S. 220)

Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7)

Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7)

Verordnung zur Verhütung von Unfällen mit Fundmunition im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Achmer (Kampfmittelunfallverhütungsverordnung ehemaliger Flugplatz Achmer) im Gebiet der Stadt Bramsche vom 07. März 2013

Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten vom 30. März 2017; Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 17, ausgegeben zu Bonn am 6. April 2017 S. 683 – 688

Verordnung zur Ausweisung des Gebietes „Haler Feld-Vogelpohl“, Gemeinden Westerkappeln und Lotte, Kreis Steinfurt, im Regierungsbezirk Münster als Naturschutzgebiet vom 17.07.2013, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 31 der Bezirksregierung Münster vom 02.08.2013, S. 229 - 237

8 Anhang

Karte zur Lage der geschützten Biotope zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung

